

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise  
find in der Werkausgabe angegeben  
Redaktion SW. 68, Cindenzstraße 3  
Fernsprecher Dönhof 292-297  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3  
Fernsprecher Dönhof 292-297

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Locarnomächte und Sowjetunion.

### Benesch antwortete nur auf Anfragen. — Ein Locarno im Osten?

Prag, 23. April. (W.T.B.) Die gestrige „Prager Presse“ schreibt in einem „Zum Berliner Echo“ überschriebenen Leitartikel u. a.: Da uns daran gelegen ist, daß die deutsche öffentliche Meinung nicht überflüssigerweise und unrichtig gegen die Tschchoslowakei alarmiert wird, zögern wir nicht, auf die Kampagne der Berliner Blätter mit einer einfachen Feststellung der Tatsachen zu antworten. Das tschechische Ministerium des Äußern erhielt vor einiger Zeit aus Paris, London und anderen Städten Mitteilungen über die Vorbereitung eines deutsch-russischen Vertrages. Dieser war eine kurze Gesamtformulierung des Vertrages hinzugefügt zugleich mit dem provisorischen Standpunkt der in Betracht kommenden Staaten und mit der Anfrage, wie die Aufassung Prags sei. Selbstverständlich antwortete das Außenamt und sein Chef mündlich, soweit sie mündlich gefragt wurden, schriftlich, soweit eine Anfrage schriftlich formuliert worden war. Unrichtig ist, daß das tschechische Ministerium des Äußern irgendeinen Fragebogen an die Locarnomächte verschickt hat. Es handelte lediglich auf Grund des mitgeteilten Vertrages Schreiben nach Paris und London und antwortete auf die Anfrage, die hauptsächlich in einer schriftlichen Analyse juristischen Inhalts bestand. Der Kern dieser Analyse enthielt im wesentlichen das Folgende, was auch in den Kommentaren der Prager Presse zu den Meldungen über den deutsch-russischen Vertrag gesagt worden war. In ähnlichem Sinne bewegte sich die mündliche Aufklärung, die vom Prager Auswärtigen Amt auf die offiziellen Mitteilungen amtlicher deutscher Kreise über den deutsch-russischen Vertrag erteilt wurde.

Wenn von deutscher Seite festgestellt wird, daß der Vertrag mit dem Völkerbundspakt in keinem Widerspruch stehen werde, so sind wir darüber sehr befriedigt. Daß die Tschchoslowakei gegen gute Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland nichts einzuwenden hat, daß sie im Gegenteil diese als einen Gewinn für Europa betrachtet, sofern sie im Geiste des Friedens und der Konsolidierung angeknüpft und ausrechterhalten werden, wurde bei verschiedenen offiziellen Anlässen gesagt. Die Tschchoslowakei wünscht lediglich Klarheit in den sie betreffenden Fragen, dabei meinen wir uns in die Vertragspolitik Deutschlands nicht ein und hindern Deutschland nicht, politisch zu tun, was es für gut befindet, wobei wir uns selbst das gleiche Recht vorbehalten.

Im Hinblick auf diesen klaren und sachlichen Standpunkt sind wir der Ansicht, daß die Angriffe der deutschen Presse völlig unbegründet und um so merkwürdiger waren, als sie sich gegen einen Minister richteten, der erst vor einigen Monaten seine Demission im Völkerbundsstatut angeboten hat, um die schwere Krise, die dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund im Wege stand, lösen zu helfen. Wenn nicht bereits heute eine

gewisse Beruhigung in Berlin eingetreten ist, so wird, wie wir hoffen, unser heutiger Standpunkt zur Aufrechterhaltung der Ruhe und zur Zerstörung aller Mißverständnisse beitragen und die Berliner Presse zu einer logalen Richtigstellung veranlassen.

### Wandervelde über die letzten politischen Ereignisse.

Brüssel, 23. April. (Meldung der Agence Belge.) In einem Vortrage vor der sozialistischen Studentengruppe der Universität Brüssel gab gestern abend Minister des Äußern Wandervelde einen Ueberblick über die letzten politischen und wirtschaftlichen Ereignisse. Vom politischen Standpunkt aus, sagte er, ruft die Haltung Italiens unverhohlene Unruhe in allen Kanzleien hervor. Hieron aber kann ich nicht sprechen. Der Mißerfolg von Genf hat das ganze Welt, das aus der Politik von Locarno hervorgeht, wieder in Frage gestellt. Was den deutsch-russischen Vertrag anbelangt, so steht es fest, daß seine Bestimmungen den Ideen von Locarno nicht zuwiderlaufen. Kann man aber über den unersprechlichen Eindruck hinwegsehen, den diese in ganz Europa wiedererwachenden Mächtegruppierungen und sogenannten Defensivverträge hervorrufen? Wandervelde schloß mit den Worten: Belgien darf zu keinem der es umgebenden Länder hineigen; seine auswärtige Politik muß eine Politik mit internationalem Charakter sein.

### Baltischer Garantiepakt mit der Sowjetunion.

Riga, 23. April. (Meldung der Lettischen Telegraphen-Agentur.) Der stellvertretende Minister des Äußern, Albas, gab Pressevertretern zur Frage eines Sicherheitsvertrages der baltischen Staaten mit Rußland Erklärungen ab. Die Sowjetregierung habe bei sämtlichen baltischen Staaten mündlich angeregt, Einzelverträge, welche Neutralitätsklauseln und Schlichtungsverfahren enthalten sollten, abzuschließen. Die Regierungen der baltischen Staaten hätten daraufhin ihre grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft erklärt und schriftliche konkrete Vorschläge erarbeitet. Sie hätten jedoch in bestimmtester Form hinzugesetzt, daß für sie jede dem Völkerbundsstatut zuwiderlaufende Bestimmung unannehmbar sei. Ein Vertragsabschluss sei ferner nur möglich zwischen der Sowjetunion und der Gesamtheit der baltischen Staaten.

### Außenpolitischer Kurzwinkel in Litauen?

Kowno, 23. April. Wie die Litauische Telegraphen-Agentur heute vormittag bekannt gibt, ist der Minister des Äußern, Prof. Keins, durch einen Erlass des Staatspräsidenten vom 21. April auf eigenen Wunsch aus seinem Amt entlassen worden. Die Geschäfte des Ministeriums des Äußern hat vorläufig Ministerpräsident Dr. Distas übernommen.

nen Dollar pro Jahr einzubehalten und das Geld zur Einziehung der Goldbonds zu verwenden. Garner sieht keinen Grund, weshalb dieser Zahlungsplan nicht beiden Regierungen annehmbar sein sollte, da er für beide Länder einen Ausweg aus den Schwierigkeiten eröffne. (Inzwischen hat, nach einer W.T.B.-Meldung aus Washington, Staatssekretär Mellon den Garnerschen Vorschlag für undurchführbar erklärt. Red. d. „B.“) Die Vertreter der Gemischten Entschädigungskommission werden voraussichtlich am Montag zur Ausherrung aufgefordert werden. Dieser Sitzung werden auch Sachverständige des Schahamtes beizumohnen. Es ist jedoch noch unbekannt, ob Mellon als Zeuge auftreten wird.

Der Abgeordnete Mills veröffentlicht im „New York Herald Review“ ein Schreiben, in dem er entscheidet für die Rückerstattung des konfiszieren deutschen Eigentums eintritt. Er erinnert an die Erklärung des amerikanischen Staatsdepartements vom 18. Februar 1917, worin ausdrücklich versichert wird, daß die deutschen und österreichischen Staatsangehörigen im Kriegsfall keine Konfiszierung ihres Eigentums zu befürchten hätten. Diese Erklärung wird von informierten Kreisen als Richtlinie für die Haltung der Regierung und aus Ausdruck der persönlichen Stellungnahme Coolidges aufgefaßt.

### Herriot will den Parteivorsth aufgeben.

#### Aus Gesundheitsgründen.

Paris, 23. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Anschluß an eine längere Unterredung, die am Donnerstag nachmittag der Präsident der französischen Kammer Herriot, der bekanntlich zugleich Vorsitzender der Radikalsozialen Partei ist, mit verschiedenen führenden Parteigenossen gehabt hat, vertautet in parlamentarischen Kreisen, daß Herriot den Vorsth der Partei aufzugeben gedenkt, da es ihm aus Gesundheitsgründen nicht möglich sei, neben seinem Amt als Kammerpräsident die Parteipropaganda in dem erwünschten Umfange zu betreiben. Als seinen Nachfolger habe Herriot Daladier vorgeschlagen. Die Entscheidung über diese Frage ist dem Parteivorstand vorbehalten, dem Herriot bei dessen nächstem Zusammentreffen seinen Entschluß vortragen wird. In radikalsozialen Kreisen bedauert man vielfach den Entschluß Herriots und hofft, daß er sich doch dazu bewegen lasse, den Vorsth der Partei zu behalten und zu seiner Entlastung einen zweiten Vorsitzenden, etwa Daladier, an seine Seite zu bitten, bis der im Sommer in Bordeaux stattfindende Parteitag über eine endgültige Lösung beschließen wird.

# Friede in Marokko?

### Um Frankreichs Durchdringungspolitik.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

Paris, 21. April. (Eig. Drahtber.)

In den französischen Regierungskreisen zeigt man sich am Vorabend der Wiederaufnahme der Vorverhandlungen mit den Vertretern des Rif's ziemlich optimistisch in bezug auf die Aussicht, verhältnismäßig rasch zum Frieden zu kommen. Man erklärt die Befürchtungen eines Teiles der Linken, daß Frankreich sich durch Spanien dazu verleiten lassen werde, Forderungen aufzustellen, die für Abd el Krim unannehmbar sind, für ungerechtfertigt. Aber in Wirklichkeit ist man trotz dieser beruhigenden Erklärungen im sozialistischen und auch im radikalsozialen Lager der Ansicht, daß gewisse Forderungen, die den Eindruck erwecken, als ob es Paris und Madrid nicht ganz ernst um den Frieden zu tun sei, ihre Wiege in Spanien haben, vor allem die Verbannung Abd el Krim's nicht nur aus dem Rif, sondern überhaupt aus allen Ländern des Islams. Unzweifelhaft hat es noch am Tage, an dem sich die Vertreter Frankreichs und Spaniens zum erstenmal mit den Delegierten Abd el Krim's trafen, ziemlich tiefegehende Unstimmigkeiten zwischen den Regierungen von Paris und Madrid gegeben. Das enge persönliche Freundschaftsverhältnis zwischen dem gegenwärtigen französischen Ministerpräsidenten und dem spanischen Botschafter in Paris, Quinones de Leon, hat dazu beigetragen, daß die Meinungsverschiedenheiten keine öffentliche Zuspitzung erfahren haben. Aber es ist in eingeweihten Kreisen bekannt, daß Primo de Rivera dem starken Druck, den der französische Generalgouverneur in Marokko, Senator Steeg, sein ziviler Mitarbeiter, Generalsekretär Duvernois und sein militärischer Hauptmitarbeiter, General Mougin, zugunsten eines raschen Friedensschlusses ausüben, höchst unzufrieden gegenübersteht.

Die französische nationalistische Presse zeigt sich nicht befriedigter als die Madrider Regierung. Ohne es zu wagen, ganz offen gegen den Frieden zu Felde zu ziehen, veröffentlicht die Rechtsblätter lange Artikel, in denen sie nachzuweisen suchen, daß die „schwachliche Methode“, die man Abd el Krim gegenüber anwende und veruche, Frieden mit ihm zu schließen, ehe er militärisch völlig niedergelämpft sei, auf die Dauer zum Verlust Marokkos führen müsse. Selbst in einem Blatt wie dem „Figaro“, der zu den gemäßigten Rechtsblättern gehört, konnte man einen Artikel finden, in dem kategorisch gefordert wurde, daß Frankreich mit dem gegenwärtigen Protektorsregime, das weder Fisch noch Fleisch sei, ein Ende machen und Marokko einfach annektieren solle, um endlich keinerlei Rückstöße mehr nehmen zu müssen auf die Wünsche anderer Völker. Den Regierungsabsichten entspricht dieses vom „Figaro“ empfohlene Vorgehen keineswegs. Die Algeciras-Akte von 1907 und die ergänzenden Abkommen von 1911 werden von ihr nach wie vor als Grundlage für die Aufrechterhaltung der Verhältnisse in Marokko betrachtet. Gewisse Kreise der Industrie und der Finanz, die besondere Interessen in Marokko und auch im Rif haben, möchten allerdings die Regierung dazu bewegen, an den Grundlagen der Verhältnisse selbst zu rütteln. Vielleicht würde man in Rom ganz gern sehen, daß ihr Drängen von Erfolg begleitet sei; denn in diesem Falle könnte auch Mussolini, der nach seinen jüngsten aufpeitschenden Kolonialreden hungrig auf der Lauer liegt, sich mit dem Wunsche melden, an den Verhandlungen ebenfalls teilzunehmen. Für das französische Auswärtige Amt wird das wohl ein Grund mehr sein, große Vorsicht bei den Verhandlungen in Marokko an den Tag zu legen. Im Rahmen der seit Jahrzehnten von Frankreich verfolgten Kolonialpolitik, für die sich besonders auch die herrschende radikalsoziale Partei eingeklebt hat — die vor dem Weltkrieg in der Ablenkung des öffentlichen Interesses von den Wogesen auf ferne Länder ein Mittel im Kampf gegen die Revanchelust sah — wird die französische Regierung wohl versuchen, ein Abkommen zu treffen, das dem Ausbruch neuer blutiger Aufstände in Marokko möglichst einen Riegel vorschiebt.

Seitdem Frankreich 1881 die Schutzherrschaft in Tunis errichtete, hat es die Errichtung einer ähnlichen Schutzherrschaft in Marokko nie aus dem Auge gelassen. Der gewaltige Naturreichtum Marokkos an Erzen der verschiedensten Art und die Fruchtbarkeit eines großen Teils seines Bodens haben ihm viele Konkurrenten erstehen lassen, und die schweren Gewitterwolken, die im Jahre 1911 vom marokkanischen Himmel über Europa heraufzogen, sind noch in aller Erinnerung. Seitdem Eduard VII. im Jahre 1904 mit Frankreich einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen hatte, der an Stelle der im Jahre 1881 auf der Madrider Konferenz beschlossenen „Offenen Tür“ Frankreich eine Vorzugsstellung in ganz Nordafrika gewährte, hat die französische Durchdringung Marokkos gewaltige Fortschritte gemacht. Der von Abd el Krim geführte Rif-Aufstand hätte sich, wenn er von Erfolg begleitet gewesen wäre sicherlich nicht auf das Ausbruchgebiet beschränkt, sondern hätte das Ende des französischen Protektors in ganz Marokko und damit den Zusammenbruch einer seit Jahrzehnten systematisch verfolgten Politik bedeutet. Daraus erklärt sich die Anwendung großer militärischer Mittel durch Frankreich, um einen Sieg Abd el Krim's zu verhindern.

Für beide Parteien stand viel mehr auf dem Spiele als nur das Schicksal des Rif's. Gelingt es, die Verhandlungen in Udschida mit einem Friedensschluß zu beenden, der dem

### Otto Braun bei Luther.

#### Preussens Forderungen in der Fürstenfrage.

Nachdem die Verhandlungen der Regierungsparteien über das dritte Fürstentkompromiß gestern ergebnislos vertagt worden sind, hat sich der Reichskanzler heute mit dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun und dem Finanzminister Höpker-Archoff besprochen.

Das dritte Fürstentkompromiß räumt die Bedenken, die von der preussischen Regierung im Interesse des preussischen Staates erhoben worden sind, nicht aus dem Wege. Ein Kompromiß, das nicht nur auf den Widerspruch der Linken, sondern auch auf den Widerspruch des größten Bundesstaates stößt, ist politisch unmöglich, ganz abgesehen von der Frage, wie eine Mehrheit dafür zustande kommen soll.

### Um die Rückgabe des deutschen Eigentums.

#### Der Kampf um die Vorlage.

New York, 23. April. (E.P.) Augenblicklich ist es noch zweifelhaft, ob die sogenannte Mills-Bill in der jetzigen Session noch Aussicht auf Annahme hat. Der Standpunkt Coolidges ist trotz der sogenannten Enthüllungen des Republikaners Garner unverändert. Präsident Coolidge und Schatzsekretär Mellon treten nach wie vor für die Annahme der Vorlage ein, was aus der Teilnahme Mellons an einer Besprechung im Kapitol herorgeht, wo beschlossen wurde, durch das Komitee, vor dem die Beratungen vor sich gehen, weitere Zeugen zu vernehmen. Demzufolge werden die Mitglieder der Gemischten Entschädigungskommission am Montag vernommen werden. Der Abgeordnete Hawley, der den Vorsth im Komitee führte, hat keinen Versuch gemacht, die von der Kommission gebilligte Entschädigung nachzuprüfen. Der Abgeordnete Garner seinerseits erklärt, seine Beschuldigungen seien lediglich gegen die vorgeschlagene Methode der Emission von Bonds gerichtet, jedoch nicht gegen die Giltigkeit der Ansprüche an sich. Er bezeichnete die Anknüpfung weiterer Zeugenernehmungen für Montag als eine Gelegenheit für die Republikaner, Staub aufzuwirbeln, um sich aus der Affäre zu ziehen. Garner will an Stelle der Mills-Vorlage eine andere Vorlage einbringen, der zufolge Deutschland Goldbonds in Höhe von 250 Millionen Dollars ausgeben soll. Ferner soll das Reich ermächtigt werden, von dem nach dem Dawes-Plan fälligen jährlichen Zahlungen 11 Millio-

Ris zur administrativen Selbständigkeit verhilft und zur gleichen Zeit seine Beziehungen zum makkaronischen Sultanat regelt, so wird damit die Entwicklung Marokkos in ein ganz neues Stadium treten.

## Preussische Richter.

### Achtung ihrer republikanischen Amtsgenossen.

Die Fachorganisation der preussischen Richter verschiedener Grade war bisher der sogenannte „Preussische Richterverein“, der gegenwärtig unter der Leitung des Berliner Amtsgerichtsrats Dr. Bracht steht. Wie wir schon mitteilten, hat der Verein vor kurzem beschlossen, Mitglieder des Republikanischen Richterbundes nicht mehr in seinen Reihen zu dulden. Zu diesem Zwecke hat er sich an die ihm bekannten Mitglieder des Republikanischen Richterbundes gewandt und gefragt, ob sie die Mitgliedschaft im Preussischen Richterverein aufrechtzuerhalten und daher aus dem Republikanischen Richterbund auszuschneiden beabsichtigen.

Auch der Senatspräsident am Kammergericht, Dr. Großmann, hat eine solche Anfrage erhalten. Dr. Großmann, der politisch zur Demokratischen Partei gehört, hat diese Anfrage in einem sehr deutlichen Offenen Briefe beantwortet, in dem es u. a. heißt:

Der Preussische Richterverein ist nach § 1 seiner Satzung ein „Fachverein der höheren Justizbeamten Preußens und des Reichs in Preußen, der der Förderung der Rechtspflege sowie der Standesangelegenheiten seiner Mitglieder und die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen bezweckt“. Er nennt sich „politisch neutral“ und hat es stets als seine Aufgabe bezeichnet, die Richter ohne Unterschied der Staatsauffassung und Parteistellung nur auf dem gemeinsamen Boden des Berufs zusammenzuführen.

Der Republikanische Richterbund ist ein überparteilicher staatspolitischer Verein. Nach den §§ 1 und 2 seiner Satzung bezweckt er „den vollen Einklang des Rechts mit der republikanischen Staatsordnung“, „schlicht die Parteipolitik aus“, „ist kein Standesverein“ und „überläßt es seinen Mitgliedern, ihre Standesinteressen in den gegebenen Bundesorganisationen wahrzunehmen“.

Dem Preussischen Richterverein bin ich alsbald nach seiner Gründung im Jahre 1909 beigetreten, als ihm seine heiligen Führer größtenteils noch fern standen und der Verein, in dem damals ein freierhauch Hauch wehte, bei den meisten leitenden Justizbeamten Preußens nicht solchen Anklang fand wie heutzutage. Lange Jahre hindurch habe ich in ihm nicht nur Beiträge gezahlt, sondern auch tätig als Kassensführer, Schriftführer und schriftstellerisch in der „Deutschen Richterzeitung“ mitgearbeitet. Mitglied des Republikanischen Richterbundes wurde ich im Jahre 1922, ebenfalls bald nach seiner Gründung. Vier Jahre lang gehörte ich also — wie noch mancher republikanische Kollege — beiden Vereinen an, ohne daß der eine oder der andere Anstoß daran genommen hätte.

Wenn Sie jetzt von uns sogenannten Doppelmitgliedern den Austritt aus dem Republikanischen Richterbunde verlangen, so bedeutet das den Sieg jener Richtung im Richterverein, die jede Betätigung republikanischer Gesinnung verwirft und verstoßt.

Mit allem, was Sie und was der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes brieflich zu Ihrer Verteidigung vorbringen, kommen Sie an diesem Kern der Sache nicht vorbei. Der Republikanische Richterbund ist nicht, wie Sie fälschlich behaupten, ein Standesverein, sondern ein überparteilicher staatspolitischer Verein, und die Darstellung, daß ein staatspolitischer und Ihr (auch jetzt noch?) „nichtpolitischer“ Verein sich auf ihren Arbeitsgebieten nicht begegnen dürften, ist ein Eiertanz. In Wirklichkeit wollen Sie, die größte Vereinigung von Richtern der Republik, Ihre politische Neutralität zugunsten der republikanischen Richter aufgeben, ohne dabei auf die vorteilhafte Stellung eines — vermeintlich

politisch neutralen — „Fachvereins“ zu verzichten. Ich führe drei Sätze Ihres Briefes vom 4. Februar an:

„Daß die Betätigung republikanischer Gesinnung mit der Mitgliedschaft im Preussischen Richterverein nicht unvereinbar (I) ist, ist von uns wiederholt nachdrücklich ausgesprochen worden.“

Ferner: „Es ist doch auch für das einzelne Doppelmitglied unmöglich (II), im Sinne des Republikanischen Richterbundes die Vollstreckung des Rechtswesens, die Bindung der Richter an eine bestimmte Staatsgesinnung zu erstreben und andererseits gleichzeitig im Sinne des Preussischen Richtervereins sich bei Amtshandlungen und vornehmlich Urteilsprüchen jeder Partei politisch zu enthalten.“

Endlich: „Durch den Republikanischen Richterbund ist nach unserem Dafürhalten erst der unglückliche Risik in die Richterschaft gebracht worden.“

Jedem, der sehen will, leuchtet aus diesen Sätzen die unüberwindliche Abneigung gegen jede republikanische Kraftentfaltung entgegen. Richter, die für den neuen Staat eintreten, sind ihnen von vornherein unangenehm; treten entschlossen republikanische Kollegen gar zu einem Bunde zusammen, so antworten Sie mit offenem Kampf. Dabei ist Ihnen nur die Zugehörigkeit zum Republikanischen Richterbund und nur die Bindung an die republikanische Staatsgesinnung ein Dorn im Auge, während Sie alle anderen politischen Richtungen, sogar diejenige eines Bewersdorff, mit Fassung ertragen. Die Lösung, die Sie für diese einseitige Politik ausgehen, haben wir Republikaner aller Berufe in den letzten Jahren nur allzu häufig gehört. „Entpolitisierung“ wird sie heißen, und als „Entrepublikanisierung“ und „Entdemokratisierung“ wird sie verstanden und oßklogen. Dem schlechten Beispiel anderer „nichtpolitischer“ Verbände folgend, wollen nun also auch Sie Ihre republikanischen Mitglieder entrepublikanisieren oder hinaustun: Frisch, Vogel, oder Strich!

Wenn ich diesen bedauerlichen Fall der Desertion unterbreite, so geschieht das nicht nur, weil Ihre Abkehr von besserer Ueberlieferung für zahlreiche alte Freunde des Preussischen Richtervereins einen Schlag ins Gesicht bedeutet, sondern vor allem deshalb, weil Ihr Vorgehen, namentlich in mittleren und kleineren Städten des Ostens, zu einer gesellschaftlichen Achtung der betroffenen Richter führt, wovon Sie auch nicht im Zweifel sein können. Die von Ihnen geleitete große Fachvereinigung preussischer Richter droht den republikanischen Kollegen, die sich für ihre Ueberzeugung einsetzen, mit Ausschluß aus dem Kreise der Standesgenossen. Das ist nicht mehr belanglose Vereinserei, auch nicht harmlose politische Verbortheit — es ist die Waffe der Einschüchterung, gebraucht von den, in unserem Berufe immer mächtiger gewordenen Anhängern des alten Geistes gegen die Wegbereiter des neuen!

Der Aufforderung, die Mitgliedschaft in einem der beiden Vereine niederzulegen, werde ich nicht folgen, ich warte ab, ob Sie den Mut aufbringen, ein langjähriges Mitglied Ihres Vereins wegen seiner Betätigung im Sinne der Weimarer Verfassung auszuschließen. Dr. Großmann.

Die Antwort Dr. Großmanns ist von einer erfrischenden Deutlichkeit. Sie zeigt auch dem Fernstehenden, mit welchen Mitteln der gesellschaftlichen Verfehlung und des Terrors die „Richter der Republik“ gegen republikanische Kollegen vorzugehen beabsichtigen. Der Schriftwechsel interessiert aber nicht nur die Beteiligten und die Politiker. Er sollte auch Interesse finden in den Justizministerien und in den Parlamenten. Es ist eine ungeheuerliche Herausforderung, wenn der Reichsjustizminister Marx, der sich offen zur Republik bekennet, wegen seiner republikanischen Gesinnung von seinen ehemaligen Berufskollegen als minderwertig hingestellt wird. Und schließlich sollte auch Minister Am Jahnhoff in Preußen ein Gefühl für die Wichtigkeit haben, die die „Preussischen Richter“ seinem Amt entgegenbringen.

## Die Stellungnahme des Sparerbundes

### Berichtigung gegen die Regierungsdarstellung

Der Sparerbund (Hypothekengläubiger- und Sparsparerschutzverband für das Deutsche Reich e. V.) verbreitet eine Richtige Stellung, der wir folgendes entnehmen:

Die Regierung hat der Presse offizielle Äußerungen über das vom „Sparerbund“, Berlin W 66, Wilhelmstraße 49, vorbereitete Aufwertungsvolksbegehren zugehen lassen, die den Tatsachen nicht entsprechen.

Das Volksbegehren wird nicht von dem Abg. Dr. Best, sondern vom „Sparerbund“ und seiner Anhängerin betrieben. Dr. Best ist der anerkannte Führer des durch das ganze Reich organisierten Sparerbundes, der in vollkommener Uebereinstimmung mit dem Abg. Dr. Best durch seine Gesetzentwürfe den Gesetzentwurf zum Aufwertungsbegehren ausgearbeitet hat. Es ist daher unrichtig, daß zwei Gesetzentwürfe, und zwar ein Entwurf des Dr. Best mit 50prozentiger Aufwertung und ein Entwurf des Sparerbundes mit 100prozentiger Aufwertung bestünden. Richtig ist nur, daß der vom „Sparerbund“ gemeinsam mit Dr. Best aufgestellte Gesetzentwurf den Normalfuß von 50 Proz. für alle Umwertungs- und Ablösungsansprüche vorsieht.

Unrichtig ist, daß durch das Aufwertungsvolksbegehren des „Sparerbundes“ die Kreditwirtschaft und die Grundlage der Währung erschüttert würden. Maßgebliche Wirtschaftler sind vielmehr mit dem Sparerbunde darin einig, daß die Wirtschaft die bisherige Aufwertung nicht verträglich und deshalb eine schleunige Änderung der bestehenden Aufwertungsgesetze dringend nötig hat. Insbesondere muß die Kaufkraft der Massen gesteigert werden, und insbesondere die Kaufkraft der Sparer und Gläubiger, die mit ihr wirtschaftlich zu verfahren gewohnt sind, und wieder neues Spargeld geschaffen. Der wirtschaftlichen Lage des Schuldners ist dadurch Rechnung getragen, daß kein starres Aufwertungsmaß vorgesehene ist, sondern ein Normalfuß von 50 Proz., der unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners auch herabgesetzt werden kann. Die Aufwertung ist eine Folge der Stabilisierung der Währung und kann nicht die Ursache einer neuen Inflation sein.

Zum Schluß wehrt sich der „Sparerbund“ gegen den Vorwurf, daß das Aufwertungsvolksbegehren ein freventliches Unternehmen sei.

## Auflösung wider Willen . . .

### Die Völkischen bitten um gut Wetter.

Jetzt liegt auch der völkische Bericht über die Sitzung des Schweriner Landtages vor, in der das Vertrauensvotum für Brandenstein u. Co. abgelehnt und die Regierung gestürzt wurde. Aus diesem ausführlichen Bericht, den wir in der „Medl. Warte“ finden, ergibt sich die Bestätigung für unsere Annahme, daß die Entwicklung der Dinge den völkischen Demagogen über den Hals gekommen ist und daß sie gern wieder aus der Falle herausmöchten, die sie sich selbst gestellt hatten.

Der völkische Redner zur Regierungserklärung behauptete, die Unterstellung, seine Freunde wollten die Regierung stürzen, „halte der Wahrheit nicht stand“. Wörtlich fügte er hinzu: „Wir werden die Regierung nicht stürzen, sondern aus Verantwortungsgesühl weiter mit ihr verhandeln, um neue Wege zu finden . . .“ Dem Billigungsantrage der Deutschnationalen würden sie „heute nicht zustimmen“, da erst eine Erklärung erfolgen müßte, „in welcher Weise das Band um die Parteien, die bisher die Regierung stützten, erhalten werden kann“.

Das ist eine Liebeserklärung in bester Form. Man kann danach fast als sicher annehmen, daß die erbetenen „Verhandlungen“ bis zum Donnerstag angebahnt sind und daß dann die Völkischen wieder, wie vor zwei Jahren, ihre frühere Abstimmung aufheben. „Hier geht heißen, dort geht heiß . . .“

## Ein Tierfreund spricht.

Von Erna Büsing.

Wahren, großen Tierfreunden soll man zuhören mit einer zum Genießen bereiten Aufmerksamkeit, denn sie haben viel zu erzählen von ihren Vieblingen und den Menschen noch obendrein. Sie sind die Vermittler zum befehlten Leben um uns. Ueber ihrem fein beobachteten Erleben führt der Weg zur Ursprünglichkeit. Kinder und Tierfreunde sind stets von beachtenswert eigener Art, sie haben in ihrem innersten Wesen etwas Gemeinsames. Darum schenkte auch der Engländer Hugh Vesting sein Buch „Doktor Dolittle und seine Tiere“ (Verlag Williams u. Co., Berlin-Charlottenburg) den Kindern. Es ist Kindern den Jahren und Kindern dem Herzen nach gewidmet und den Großen wird dieses Buch viele Freude machen, Freude, wenn sie es ihren kleinen Freunden schenken können, Freude, wenn sie es selbst lesen. Die englische Nation hat berühmte Tierdokter heroorgebracht und gerade sie stehen uns nahe, denn in ihrer Tier- und Naturbeobachtung blieben die Engländer Germanen. Und Doktor Dolittle, der zu Urgröbnerzeiten in Puddleby wohnte, wird auch unser Freund werden.

Er war ein richtiger Menschenkinder, aber da er so viele, liebe Tiere um sich sammelte, blieben die Menschen seiner Heilkunst fern. Sie sind ja oft so sonderbar, die Menschen. Eine reiche Dame kam nicht wieder, weil sie sich im Sprechzimmer auf einen Igel setzte, der das Sofa zu seiner Wohnung erkoren hatte, andere Leute ärgerten sich über die weißen Käufe, die im Klavier haften usw. Als seine Patienten mehr kamen, wurde der Doktor arm, doch trotz seiner Armut blieben ihm treu der Ragenfüttermann, die Kinder und die Tiere. Von seinem Papagei erlernte er die Tierprache, und da der Ragenfüttermann ihm riet, Tierdokter zu werden, machte er sich daran, Tiere zu kureren. Seine Erfolge waren fabelhaft, weil er die Tierprache verstand, die oft nur durch Gebärden ausgedrückt wird, da die Tiere nicht so viel Lärm schlagen wollen. Natürlich behandelte der Doktor alle kranken Tiere, die zu ihm kamen. Da nahte sein Verhängnis. Ein Krokodil, von wütenden Johnschmerzen gepeinigt, lief aus einem Zirkus fort und war nicht zu bewegen, dorthin zurückzukehren. Es blieb beim Doktor, und wenn der vom Fortgehen sprach, meinte es so dicke Tränen, daß der liebe, freundliche Mann Mitleid hatte. Doch nun kamen die Bauern nicht mehr mit ihren Schafen, sie fürchteten, das Krokodil würde sie fressen, obwohl das doch hoch und heilig versprochen hatte, ihnen kein Leids zu tun. Trotzdem die Tiere weder hassen, ging es ihnen und dem Doktor wirtschaftlich wirklich nicht gut, als die Schwalben aus Afrika die Kunde brachten von einer furchtbaren Krankheit unter den Affen. Dr. Dolittle wurde gebeten, ins Affenland zu kommen. Er wollte helfen, und da er so ernstlich wollte, fanden sich auch Mittel und Wege. Er fuhr nach Afrika, heilte dort die Affen, kehrte glücklich heim und wurde durch die Mithilfe der Tiere ein vermöglicher Mann, so daß er und die Tiere ohne Nahrungsjorgen leben konnten.

Die verschiedensten Reiseabenteuer sind so phantasielos und, was die Fähigkeiten der Tiere anbetrifft, so lehrreich geschrieben, daß man an ihnen keine Freude haben muß. Das Größte aber ist, diese Tiergeschichten predigt das Evangelium des Einanderhelfens und die unbesiegbare Kraft der Schwachen, wenn sie einig sind. So schlugen die Affen, Körper an Körper gehängt, eine Brücke, damit ihr Erreiter ins Affenland kommen kann, und mehr als zwanzigtausend Schwalben liehen an einem zerfallenen Tau das Schiff des Dr. Dolittle vorwärts, weil ihm durch Vratoren Gefahr droht. Das alles liegt jenseits der Wirklichkeit, kann jedoch derart zum Nachdenken anregen, daß aus ihm für die Wirklichkeit ein Gewinn ersprißt.

## Das umstrittene Markttor.

Am die Aufstellung oder Richtausstellung des Markttores von Milet im Neubau der Berliner Museen hat sich eine Fehde entsponnen. Die einen nennen das Bauwerk eine Arbeit langweiliger Proinakunst, deren Aufstellung die etwa 1 Million betragenden Kosten nicht lohnen würde. Die anderen rühmen es als den besten Vertreter des zu barocken Formen neigenden Stiles der spätromischen Kaiserzeit. Worum handelt es sich nun bei diesem Tore, das zurzeit in einer Schablone in dem dafür bestimmten Saale des künftigen Pergamon-Museums zu sehen ist?

Bei der Ausgrabung des Südmarktes von Milet, der ionischen Großstadt Kleinasiens, stießen die deutschen Ausgräber im Süden des Hafens auf einen riesigen Markt: die von Hubert Knackfuss, dem Münchener Professor der Architekturgeschichte, bearbeitete Veröffentlichung in dem großen Milet-Werk der Berliner Museen nennt ihn den Südmarkt. Den Zugang dazu bildete im Norden eben jenes Markttor, das an die Stelle des einfachen hellenistischen Zuganges trat. Seine umfangreichen Reste wurden im Zustand völliger Verwüstung gefunden. Der ganze Bau muß durch einen gewaltigen Erdstoß zusammengestürzt sein. Aber nicht lange nach der Katastrophe lodten die Steinmassen die Bewohner der Gegend an, aus diesem Material ihre kümmerlichen Hütten zu bauen. Die Leute nisteten sich in den Trümmern selbst ein und rücten die riesigen Wärmelöcher zu den Unterbauten von Lehmwänden zusammen.

Die von Wiegand geleitete Ausgrabung hat dann in diesen Trümmern die Ordnung gebracht und eine lückenlose Rekonstruktion des Tores ergeben. In drei Durchgängen öffnete es sich, in zwei Stockwerken baute es sich auf. Die korinthischen Säulen in beiden Stockwerken und die Gesimsstreifen tragen reichen Schmuck. Farbreste lassen erkennen, daß man auch bei diesem Gebäude die Bemalung in hellenistischer Weise zur deutlicheren Hervorhebung des plastischen Ornamentenschmuckes verwendete. Seinen Abschluß fand der Reichtum des ganzen Baues durch den Stützapparat, der im Obergeschoß verteilt war und dem Bauwerk noch den Charakter eines Ehrendenkmals für Kaiser und Götter gab. Leider sind gerade diese Bildwerke in den Mischen sehr zerstört. Gefunden wurden Teile der überlebensgroßen Panzerstatue eines Kaisers, neben dem eine kleine Barbarenfigur Intier. Der Abschluß dieser Bauarbeiten in Milet scheint mit dem siegreichen Ende der römischen Feldzüge gegen die Parther zusammengefallen zu sein. Demnach wäre hier der Kaiser als Sieger dargestellt: Mark Aurel oder Antoninus Pius; der Kopf fehlt. Die zweite Figur, gleichfalls über-

lebensgroß, ist ein unbefiederter Mann, bis auf den Kopf und das eine Bein ziemlich erhalten. Von der Figur in der Mittelnische aber fehlt jede Spur; es war eine große Gottheit, und das hat wohl ihre gründliche Zerstörung in christlicher Zeit veranlaßt.

An dem Tor hatten, wie die eingeritzten Inschriften beweisen, Händler und Geldwechsler, z. B. ein gewisser Iphoros, ihre Stände. Nach dem Erdbeben wurde ein Neubau nötig, der nicht so sorgfältig bestimmte Teile des Bauwerks ergänzte. Das Mittelportal blieb, als Kaiser Justinian das Tor als wichtigen Stützpunkt seiner neuen Befestigungen benutzte, als Straßenübergang bestehen. Das hat noch Jahrhunderte gedauert, nachdem Justinian hier seine Inschrift angebracht hatte, in der von der Errichtung des Festungstores berichtet wird.

So hat dieses Markttor eine lange Geschichte gehabt, ehe es in die Erde sank und ehe die deutschen Ausgrabungen es wieder daraus befreiten. Die Schmutzstelle, soweit sie sich bei den genannten Zerstörungen erhalten haben, sind sämtlich nach Berlin gekommen; zum Aufbau des Ganzen würden aber wesentliche Ergänzungen in Gips nötig werden. Ob der historische und kunsthistorische Wert des Markttores eine solche Rekonstruktion rechtfertigt, ist eine andere Frage.

„Gräfin Mariza“ im Theater des Westens. Der Inhalt der Operette ist bekannt. Er entspricht genau dem, was nach Ansicht der meisten Operettentext-Verfasser der Inhalt einer Operette sein soll: Kitisch, Eumerich Kälmanns viel bessere Musik dazu ist durch die Schläger gleichfalls längst vollständig geworden. Das Ereignis des gestrigen Abends, der den Komponisten selber aus Dirigentenputz führen sollte, blieb aus; Franz Schönbauersfeld leitete das Orchester zufriedenstellend. So wäre also nur noch zu registrieren, daß die Darsteller Margit Suchy, Franz Feller, Elli Hoffmann, Friz Kalmann, Eugen Hietel, Carl Fischer verdienten Beifall erzielten.

Pariser Theaterkandal. In der Comédie Française kam es Donnerstag während der Aufführung des seit einigen Tagen auf dem Spielplan stehenden Schauspiel „La Carcasse“ von Renée Armiel und André Obry, in dem eine Offiziersfamilie eine wechselhafte Rolle spielt, zu lärmenden Protestkundgebungen. Führende Personen der Patriotenliga, darunter General Coste, haben den Leiter der Comédie Française aufgefordert, das Stück vom Spielplan abzulassen, und Selbsthilfe angedroht, wenn man ihrem Verlangen nicht alsbald nachkomme.

Das 70 Gramm schwere Sommerfeld. Zwischen amerikanischen und englischen Rodelschleppern ist ein Streit über das Gewicht der neuen Sommeranzüge ausgebrochen. Die Londoner Rodelschlepper erklären, daß die Langtallette einer Engländerin im Sommer alles in allem 850 Gramm wiegen wird. Das ist aber den Amerikaner viel zu viel; sie versichern, daß die Balltallette der Amerikanerin unter keinen Umständen mehr als 450 Gramm wiegen darf, wovon der größere Teil, nämlich 250 Gramm, auf die Schuhe entfällt. Das Chiffonkleid wiegt nur 70 Gramm, und die übrigen 180 Gramm kommen auf die Strümpfe, Strumpfhalter und Unterkleidung.

Palucca wird ihre neuesten Längen, mit denen sie kürzlich bei Veesse und Pindamon einen großen Erfolg hatte, am 27. im Vitzinger Saal wiederholen.

## Zum Volksfeiertag.

### Ein Waiaufruf an die Beamten.

Kollegen! Wie in jedem Jahre, so rüftet auch jetzt wieder die deutsche und mit ihr die internationale Arbeiterbewegung zur Wai-feier. Der Grundgedanke, der bei der Festlegung des 1. Mai als Volksfeiertag in den Vordergrund gestellt wurde, gilt auch heute noch unverändert fort.

### Erläuterung und Sicherung der achtstündigen Arbeitszeit, Erhaltung des Völkerfriedens und Ausbau der Sozialpolitik

wären die Leitgedanken, die die Arbeitnehmer aller Länder veranlassen sollten, Massenkundgebungen zu veranstalten. Waren bisher in erster Linie die Arbeiter berufen, für diese großen Ideale einzutreten, so sind in neuerer Zeit die Angestellten und Beamten nicht minder daran interessiert, den Aufmarsch des großen Heeres der Arbeitnehmer zu verstärken. Auch die Beamtenschaft hat zu einem erheblichen Teil die ihr durch die Staatsumwälzung erzwungene achtstündige Dienstzeit wieder schwinden sehen. Nachdem sie aber, wenn auch nur vorübergehend, die Wohltaten einer achtstündigen Dienstzeit verspürt hat, wird sie schon um deswillen bereit sein,

für die Wiederherstellung des gesetzlichen Achttundentages einzutreten, als ja der Beweis erbracht ist, daß das deutsche Wirtschaftsleben dadurch nicht den geringsten Nachteil hat. Daß auch der letzte deutsche Beamte für die Völkerverständigung und gegen jede Kriegsrüstung eintreten sollte, dürfte wohl als selbstverständlich gefordert werden. Auch die Gestaltung der deutschen Sozialpolitik kann der Beamtenschaft nicht gleichgültig sein; kämpft sie doch beispielweise schon seit Jahren um die Einführung der Krankenversicherungspflicht.

Die Feier des 1. Mai bietet somit Gelegenheit, wiederholt und nachdrücklich vor aller Welt zu bekunden, daß die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten gemeinsam den Zielen nachstreben, die vor mehr als einem Menschenalter von den Vorkämpfern der Gewerkschaftsbewegung aufgestellt worden sind.

An die Reichs-, Landes-, Gemeinde- und Reichsbahnbeamten richten wir heute den dringenden Appell, am 1. Mai

sich eins zu fügen mit der übrigen deutschen Arbeiterbewegung.

Die reaktionären Kreise haben einen rücksichtslosen Kampf gegen das Berufsbeamtentum eröffnet. Die Reichsbahnge-sellschaft hat bereits weite Kreise des vorhandenen Berufs-beamtentums in das privatrechtliche Angestellten-, teilweise in das Beamtenverhältnis übergeführt. Das gleiche Schicksal droht anderen Beamtengruppen; denn der Reichsverband der Deutschen Industrie, die mächtige und einflussreiche Arbeitgeberorganisation, fordert einen weiteren erheblichen Beamtenabbau.

Diese Forderung hat ein Echo ausgeföhrt in jenen deutschen Ländern, die zurzeit eine Rechtsregierung haben. Hier wird sogar mit dem Gedanken gespielt, einen Gehaltsabbau einzutreten zu lassen. Wenn kürzlich der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold den Beamtenorganisationen die Erklärung abgegeben hat, daß er sich gegen jeden Gehaltsabbau wenden würde, so spricht aus seinen Worten einmal die Bestätigung des in einzelnen Ländern geplanten Gehaltsabbaus, dann aber auch die Absicht, trotz dauernd steigender Haushaltskosten in absehbarer Zeit keine Gehaltserhöhung vorzunehmen. Weiter ruft die Gestaltung der Beamtenrechtsverhältnisse, wie sie jetzt im deutschen Reichstag erfolgen soll, die Beamtenschaft auf den Plan, um die

### Rechtsformgebung auf der ganzen Linie

zu verhindern. So gilt es denn, Seite an Seite mit den Bundesgenossen den Ruf nach wirtschaftlicher Gleichberechtigung in der Republik erheben zu lassen.

Die diesjährige Wai-feier, die im Zeichen der schwersten Wirtschaftskrise steht, die Deutschland je erlebt hat, muß eine würdige Kundgebung aller Arbeiter, Angestellten und Beamten

zum Schutze der deutschen Republik,  
für ihren freiheitlichen Aufbau,  
für die gerechte Verteilung aller Kulturgüter

werden. Darum: Auf zur Kundgebung am 1. Mai!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

## Die Reichsdienststrafordnung.

### Die ersten Abstimmungen im 14. Reichstagsausschuß.

In der weiteren Beratung der Reichsdienststrafordnung lehnte die Mehrheit des 14. Reichstagsausschusses es ab, eine Definition der Begriffe „Beamter“ und „Pflichten der Beamten“ in die Vorlage aufzunehmen. Diese schwierigen Fragen sollen bei der Beratung des materiellen Beamtenrechts geregelt werden. Nach Auskunft der Reichsregierung haben sich aus dem Gehlen dieser Begriffsbestimmungen in der Praxis keine Schwierigkeiten ergeben. Alle Versuche, eine konkrete Fassung für diese Begriffsbestimmungen zu finden, seien bisher gescheitert.

Der § 1 der Vorlage, der die Verwirklichung der Dienstbestrafung bei schuldhafter Verletzung der Pflichten vorseht, wurde in der Regierungsvorlesung angenommen.

Ein Verzicht der Sozialdemokraten, das Wort „Pflichten“ durch „Dienstpflichten“ zu ersetzen und dadurch das Privatleben des Beamten der dienstlichen Bestrafung zu entziehen, ist nunmehr abgelehnt. Dies bedeutet eine erhebliche Verschärfung eines Beamten als Dienstorgane festzulegen.

Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, daß die Dienststrafordnung keine Anwendung findet auf „Handlungen oder Unterlassungen, die in Ausübung der allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte begangen sind“. Auch die §§ 2 bis 4, die von den Straftaten sprechen, wurden erliebt.

Ein sozialdemokratischer Antrag, die mit einer fünfjährigen Geldstrafe verbundenen oder mit einer Geldstrafe bis zum Betrag von zwei Monatsgehältern verbundenen, als Strafe sinnlose Strafverurteilung in eine auf drei Jahre beschränkte zeitliche Geldstrafe umzuwandeln, wurde abgelehnt. Gegen die Regierungsvorlage wurde aber dann beschlossen, die Strafverurteilung nur mit der genannten Geldstrafe, nicht aber mit einer Geldstrafe verbunden zu lassen.

Die gleichzeitige Verhängung von Geldstrafe und Verweis wurde beseitigt. Der sozialdemokratische Antrag, den mit einem Monatsentlohn vorgeesehenen Höchstbetrag der Geldstrafe dem jetzigen Zustand entsprechend um die Hälfte herabzusetzen, wurde abgelehnt. Dies bedeutet eine erhebliche Verschärfung.

Angenommen wurde schließlich der sozialdemokratische Antrag, der Berechnung der Geldstrafe nur das Grundgehalt und den Wohnungsgeldzuschuß, nicht aber die Sozial- und Teuerungszuschläge zugrunde zu legen.

**Kämpfe in Somaliland.** Die „Daily News“ wollen aus Somaliland erfahren haben, daß die kürzlich dorthin gelangten italienischen Kolonialtruppen mit den Somalis in heftige Kämpfe verwickelt wurden. Die Verluste sollen auf italienischer Seite sehr groß gewesen sein. Angeblich ist auf Grund dieser Zwischenfälle die Küste des Somalilandes von den Italienern blockiert worden, so daß der östliche Handel vollständig unterbrochen ist. Als Ursache der Kämpfe wird der Widerstand der Somalis gegen die Anerkennung der italienischen Herrschaft angegeben.

Ueber einen polnisch-dänischen Schiedsvertrag ist in Kopenhagen verhandelt worden. Der Abschluß steht bevor.

## Beinahe . . .

Vor der städtischen Oper stehen Menschen und warten geduldig auf Koffenöffnung, Familienpater führen ihre Frauen und Kinder spazieren, Abzug und Straßenbahn verdienen gut, die Sonne macht Frühlingsstimmung und die Bismarckstraße bewahrt ihre übliche ruhige Haltung. Nichts stört die Harmonie des nachmittäglichen Friedens. Aus einer Seitenstraße springt ein Auto hervor, es achtet auf nichts, sieht nicht, daß ein anderes Auto seine Fahrt freuzt. Plötzlich stehen sich die beiden Wagen gegenüber. Man bremst mit wilder Energie, die Ädern schwellen auf Hand und Stirn der Chauffeure. Ein Wagen steht sofort, aber der andere gerät ins Schlingern, stößt gegen eine Bordwand, weigt sich, fällt um. Mitten auf der Straße liegt er auf der Seite, vollkommen hilflos, die Räder schnurren in der Luft. Im Augenblick ändert sich das Bild. Man vergißt, daß noch vor kurzem eine Eintrittskarte größte Seligkeit bedeutete, Frau und Kind läßt man stehen, man denkt nicht mehr daran, daß der Fahrbaum für Automobile und Straßenbahnen vorhanden ist, man rast zur Unfallstelle, blind und rücksichtslos. Der Verkehr stoppt, um das umgestürzte Auto steht eine undurchdringliche Mauer. Alle Insassen tot, orakelt ein finsterner Mann. Man stellt sich auf die Zehenspitzen, aber man hört nur eine furchtbar schimpfende Stimme. Kein Mensch war in der Drohsche, verdacht jemand beruhigend. Plötzlich scheint irgendwo ein guter Gedanke aufgetaucht zu sein. Arbeitsfanatismus und Ordnungssinn überfällt einige geborene Herdenführer. Man stürzt sich auf das Opfer der Straße, ergreift es mit mehr oder minder schwierigen Händen, schreit Vorwärts und Wohl, zerrt und schiebt, der Wagen ändert seine Lage, er befindet sich bereits in der Schenke, man strafft seine Muskeln und stemmt den Wagen beinahe einem Autobus aus Bielefeld in die Flanke. Bestürzung bei den Fahrgästen, Wschmut bei dem Führer. Mit knapper Not entflieht der Autobus dem drohenden Verhängnis. Endlich steht die Autodrohsche. Sie ist nur leicht geschrumpft, nicht einmal die Fenster sind zerbrochen. Schnell wird das rechte Bordrad in Ordnung gebracht, das sich etwas gelockert hatte. Der Chauffeur hat eine klaffende Gesichtswunde erhalten und ist bereits in einem anderen Auto zum Verbanden gefahren. Auf dem Asphalt deuten ein paar Benzin- und Oelflecke die Stelle an, wo beinahe eine Katastrophe mit unkenntlichen Massen stattgefunden hätte. Dann besinnt man sich auf seine privaten Pflichten, man denkt an Frau und Kind, an die Oper und an ähnliche Dinge. Die Erregung flaut ab, der Vorfall ist vergessen.

## Der Raubmord in Hegermühle.

### Tausend Mark Belohnung.

Der Oberstaatsanwalt des Landgerichts Prenzlau veröffentlicht heute zu dem Kapitalverbrechen in Hegermühle eine Bekanntmachung, die auf den Bahnhöfen, besonders der nördlichen Vororte und der Eberswalder Strecke, und auch an den Berliner Säulen angeschlagen wird. Sie teilt noch einmal die Tatsachen mit, die wir bereits berichteten und fordert unter Hinweis auf eine Belohnung von 1000 M. die ganze Bevölkerung zur Unterstützung auf, die zur Aufklärung des Verbrechens mehr als je notwendig ist.

Besonders wichtig ist die Beantwortung folgender Fragen: 1. Wer hat in den Morgenstunden des 21. April verdächtige Personen in der Nähe des „Schützenhauses“ gesehen? 2. Wer hat in den Morgenstunden Personen bemerkt, die die Umzäunung des Grundstücks von der Straße her oder von der Seite des Finanzamts überstiegen haben? 3. Wer hat nach 7 Uhr 15 Minuten früh eine oder mehrere Personen gesehen, die durch das hinter dem „Schützenhaus“ gelegene Garten- und Wiesengebiet ebenfalls davonzogen sind? 4. Wer glaubt sonstige Beobachtungen gemacht zu haben, die mit der Rordart in Verbindung stehen können? 5. Sind irgendwo, nicht allzuweit von Hegermühle, blutige Lappen oder blutige Kleidungsstücke gefunden worden? 6. Hat jemand nach 7 Uhr 15 Minuten in der Nähe des „Schützenhauses“ Personen mit Blauflecken oder Spritzern bemerkt? Jede, auch die scheinbar unwichtigste Beobachtung kann zur Aufklärung der grausigen Missetat führen. Mitteilungen jeglicher Art, die auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden, nehmen für Hegermühle Polizeikommissar Sauer, für Eberswalde Kriminalkommissar Schöning, für Berlin die Nordkommission des Landesstrafamts, die Kriminalkommissare Bernburg und Joh. Müller im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums und außerdem jeder Landjäger- und Polizeibeamte entgegen.

Die Landkommission, die Detektivs und die Landjäger scharfeln gestern in der weiteren Umgebung von Hegermühle auf alle Personen, die sich dort irgendwie verdächtig aufhalten haben. Die Beamten veranstalteten eine Art Kesselstreifen, um aller dieser Leute habhaft zu werden. Eine Anzahl wurden auch gefasst. Sie sind zum Teil bereits vernommen und werden noch weiter verhört. Zu gleicher Zeit sind hinter dem Industriearbeiter Richard Semlin und dem Landarbeiter Behner und Behner nach allen Richtungen Jagungsdepeschen mit ausführlicher Personenbeschreibung erlassen worden. Semlin hat Verwandte in Schweden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er sich auf den Weg dorthin befindet, denn er hat in der letzten Zeit wiederholt geäußert, daß er die Absicht habe, nach der Ostsee zu gehen. Sein Augenmerk hatte er dabei besonders auf die Hafenstädte gerichtet.

### Die vergessene Leiche.

In dem Hause Gubener Straße 37, Hinterhaus, 4. Stock, endete am Samstag früh die 76jährige Witwe des vor vier Wochen gestorbenen Sozialreiner Bethe durch Selbstmord. Die alte Frau wurde, den Gaschlauch im Mund, von ihren Wirtsleuten tot aufgefunden. Sogleich hinzugezogene grüne Polizei übergab die Sache der Kriminalpolizei, die die Leiche der Frau B. nach Ausfragen der Mitbewohner für de Lagunachmi erklärt haben soll. Was nicht ganz zu stimmen scheint, denn die Bestätigung der Leiche war nicht gesperrt. Am Mittwoch früh, die Leiche lag den vierten Tag, erfasen ein Beamter der blauen Polizei, der den empörten Hausbewohnern versprach, für schleunigste Abholung der Leiche Sorge zu tragen. Am Donnerstag früh alarmierten Hausbewohner und Berwaller das Gesundheitsamt, Schillingstraße. Bis mittags 1/2 Uhr war die Leiche, die die bedenklichsten Verwesungs-symptome aufwies, noch immer nicht abgeholt. Auf der Treppe liegt noch merkbarer Verwesungsgeruch, in der Wohnung, die Frau B. mit einer anderen Familie teilte, Mann, Frau und ein Kind, ist der Geruch fast unerträglich. Unten im Vorhof befinden sich eine Schächterei und ein Kollerbetrieb. Ideale Bedingungen also für eine Seucheninfektion. Wer ist für diesen Skandal, der im Zeichen der Reichsgesundheitswoche fast wie eine größte Satire wirkt, verantwortlich zu machen? Warum sorgt die Behörde nicht für die Armenberdigung der Frau B.? Wenn in der Praxis die primitivsten Voraussetzungen der Hygiene so mißachtet werden, muß man die Theorie schöner Vorträge schon als ein Sammeltuch dürftiger Phrasen erklären.

### Ernennung eines Baukommissars.

Um den vielfach hervorgetretenen Beschwerden über die Behandlung von Baugesuchen abzuhelfen und eine schnellere Prüfung und möglichst kurzfristige Erledigung der Gesuche zu ermöglichen, hat der Magistrat beschlossen, für Berlin einen Baukommissar einzusetzen. Dieser hat die Aufgabe, über Streitigkeiten zwischen städtischen Dienststellen und Bauherren zu entscheiden, unbenutzte Verzögerungen bei der Genehmigung von Baugesuchen zu verhindern und abweichende Auffassungen unter den städtischen Dienststellen auszugleichen. Die Baugesuche selbst sind aber nicht an den Baukommissar, sondern nach wie vor an die Bau-

polizeiverwaltungen bei den zuständigen Bezirksämtern zu richten. Diese Bezirksämter sind erneut darauf hingewiesen worden, die eingereichten Baugesuche mit größter Beschleunigung zu bearbeiten. Zum Baukommissar ist der Vorsitzende der Deputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen Stadtrat Buhlg bestellt worden. Die für diese bestimmten Zuschriften und Bescheidungen sind an die hierfür zuständige Dienststelle, das Bureau der Deputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen, Stadthaus, Klosterstr. 47/59, zu richten.

## Die Großstadtnacht vor Gericht.

### Die freundliche Begleiterin.

Der Maurermeister R. war Strechwirter und begab sich auf ein nächtliches Abenteuer. Er trat eine gewisse H., die erst seit vier Jahren von der Kontrolle befreit war und seitdem nur episodisch ihrem früheren Berufe nachging. Sie las R. seinen Wunsch am Gesicht ab und forderte ihn auf, mitzukommen. Gegen Rotgen verließ das Paar die glocklichen Räume und nun ging's von Lokal zu Lokal. Als die 40 M. zu Ende waren, holte sich der Maurermeister noch 100 M. und nicht schließlich in einem der Lokale mit dem übriggebliebenen Rest von 30 M. ein. Seine Begleiterin war aber noch nüchtern genug, um aus seinem Taschenbuch das Geld herauszuholen, und machte sogar Anstalten, mit dem Paletot und der ihr ihres „Bräutigams“ das Lokal zu verlassen. Der Wirt aber meinte: „Sie sind mit dem Herrn zusammen gekommen und werden mit dem Herrn zusammen das Lokal verlassen.“ Als R. hinterher die Sache bezahlen wollte, merkte er, daß er bestohlen sei. 10 M. fand man im Strumpf seiner Dame. Die übrigen 20 M. waren unauffindbar. Die erste Instanz hatte die H. zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Die bereits für ähnliche Diebstähle mehrfach vorbestraute H. hatte aber Berufung eingelegt und beteuerte immer wieder ihre Unschuld. Es blieb jedoch beim alten Urteil.

### Kupplerin und Zuhälter.

Sie ist ein älteres Kontrollmädchen. Als sie vorübergehend erwerbsunfähig war — Krankengeld gibt es ja bei diesem Gewerbe nicht — gewährt sie nächstlicher Zeit zweien ihrer Freundinnen mit deren Herren gegen geringen Entgelt Zusucht. Das Geschäft gewissermaßen auch gewerbsmäßig. Das Geschäft nennt das Kuppeln. Sie erhielt dafür einen Monats Gehalts. — Er arbeitete zuweilen, zuweilen auch nicht. Wenn er nicht arbeitete, so unterstützte ihn seine Freundin H., die zu nächstlicher Zeit Männerbekanntschaften suchte und trotzdem seine „Brau“ war. Er wollte sie heiraten, erklärte er. Doch er von ihr Gebührentilgung erhielt, behauptete Mutter und Bruder der „Brau“. Sie bestreitet dies, blüht verliert zu ihm hin und bekommt Weintramps, als der Staatsanwalt 9 Monate Gefängnis beantragt. Sie schimpft auf die Mutter, klagt sie an, daß sie selbst von ihr Geld genommen habe und wird von bestigsten hystischen Krämpfen befallen, als ihr Freund zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt wird. — Konnte er denn etwas dafür, daß sie auf den Strich ging? Und durfte man ihr verbieten, den einzigen Mann, den sie unter den vielen anderen Männern vielleicht wirklich lieb hatte, in seiner Arbeitslosigkeit zu unterstützen?

### Der Verein für volkstümliche Aufklärung.

Herr B. besitzt einen ausgesprochenen Unternehmerrgeist. Es war zu einer Zeit, als die Polizeistunde noch sehr früh einsetzte. Um den Provinzieren die „Genüsse“ der Großstadt zu gewöhnen, mietete er in der Friedrichstraße bald hier bald dort eine Gastwirtschaft für eine Nacht und meldete bei der Polizei „geschlossene Gesellschaft“ an. Schlepper sorgten für Klienten. Halbweiddamen fanden sich hier mit ihren Kavalieren ein. Der Provinzler zahlte für eine Flasche Sekt seine 50 Mark. Steuer wurde natürlich nicht entrichtet. Cines schönes Tages verirrten sich zwei Kriminalkommissare auf der Suche nach Unflirtlichkeit in ein Lokal in der Jägerstraße. Die Rechnung für zwei Flaschen Sekt, zwei Rokka und etwas Gebäck betrug 250 Mark. Sie machten Anzeige. Die Steuerbehörde stellte Strafantrag wegen Steuerhinterziehung — die Steuer von dem teureren Sekt wurde nämlich nicht abgeführt. Nunmehr hatte sich der Vorsitzende des „Vereins für volkstümliche Aufklärung“, der für den Abend bei der Polizei „geschlossene Gesellschaft“ angemeldet hatte, zu verantworten. Dieser Verein für volkstümliche Aufklärung war nicht registriert, umfaßte etwa 150 Mitglieder und schied sich in der Öffentlichkeit nur insofern produziert zu haben, als sein Vorsitzender im Verein mit Herrn B. für die „volkstümliche“ Aufklärung der Provinzler bei teuren Preisen sorgte. Das Urteil der ersten Instanz wegen Steuerhinterziehung lautete auf 300 Mark Geldstrafe.

Ein Fliegerunfall ereignete sich am Donnerstagvormittag gegen 9 1/2 Uhr auf dem Flugplatz Staaken. Der 19 Jahre alte Flugzeugführer Karl Friedrich unternahm einen Übungsflug mit einem Jagdflugzeug. Bei dem Landungsversuch unterlag die Maschine die Entleistung und geriet in die Hochspannungsleitung. Der Apparat stürzte dadurch zu Boden und Friedrich erlitt leichte Kopf- und Beinverletzungen. Nach ärztlicher Behandlung konnte er in seine Wohnung entlassen werden. Der Jagdflug kam mit dem Schreden davon. Das Flugzeug ist vollständig in Trümmer gegangen. Auch wurde die elektrische Leitung zertrüben und zwei Masten umgelegt.

Gründung einer freien Schulgemeinde. Heute Freitag, abends 7 Uhr, findet im Bezirk Prenzlauer Berg, im Ledigenheim Pappelallee 15, eine Versammlung statt, in der es sich um die Gründung einer freien Schulgemeinde zur Einführung weltlicher Schulen handelt. — Genosse Dr. Kurt Löwenstein wird über die Bedeutung der weltlichen Schulen für die Arbeiterklasse sprechen. Der Besuch dieser Versammlung ist allen Arbeiterkassen zu empfehlen.

Selbstmordversuch in der Autodrohsche verübte heute vormittag das 27 Jahre alte Fräulein Elisabeth Lippoldes aus der Nürnberger Str. 22. Fräulein L. mietete sich am Wittenbergplatz eine Autodrohsche und gab dem Chauffeur den Auftrag, sie nach Blumeshof zu fahren. In der Nähe des Wagdeburger Platzes erlitt sie aus dem Innern des Kraftwagens ein Schuß. Der Jagdflug hatte sich mit einem Revolver einen Herzschuß beigebracht. Der Chauffeur brachte die Schwerverletzte nach dem Elisabeth-Krankenhaus, wo sie hoffnungslos daniederliegt. Der Grund zu der Tat ist bisher noch unbekannt.

### Ueberschwemmungen in aller Welt.

Die Moskwa ist nach einer Meldung aus Moskau infolge des Eisganges in den niedrig gelegenen Stadtteilen über die Ufer getreten und hat einige Fabriken überschwemmt. Das Wasser steigt weiter. Im Gouvernement Tiflis wurden durch Hochwasser der Pamloma einige Dörfer überschwemmt. Zahlreiches Vieh und viele Lebensmittelvorräte wurden vernichtet. Bei Plehau ist die Weikaja über die Ufer getreten und hat den größten Teil der Stadt überschwemmt.

Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß die seit Januar über das nördliche Zentral-Plateau Brasiliens niederschlagenden Sommerregen große Ueberschwemmungen verursachten und Elend über mehr als 300 000 Menschen brachten. Der meteorologische Dienst meldet große Eigentumschäden und Verluste an Lebensmitteln. Ein Drittel der Häuser der Stadt Florian am Poju-Fluß wurden weggeschwemmt und 7000 Einwohner befinden sich in größter Not. Der Parana-Fluß ist an einigen Stellen über 32 Fuß gestiegen.

Schweres Eisenbahnunglück in Spanien. Der Schnellzug Paris-Barcelona ist in der Nähe von Cordoba mit einem Güterzug zusammengestoßen, wobei vier Personen getötet wurden. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Selbstmordepidemie in Wien. Am Montag wurden von der Wiener Polizei 15 Selbstmorde und Selbstmordversuche festgestellt. Bemerkenswert ist, daß auch ein 18jähriges Mädchen aus Furcht vor Zurechtweisung wegen schlechter Schulleistungen einen Selbstmord unternahm.

## Zigeunerunwesen in Neukölln.

Auf einem Baugrundstück in Neukölln, in der Kneise-  
straße 75/76, sind seit längerer Zeit Zigeuner ansässig, die dort  
in ihren Wagen wohnen und hauptsächlich vom Pferdehandel leben.  
Von den Bewohnern der benachbarten Straßen wird nun lebhaft  
darüber geklagt, daß sie durch die Zigeuner — ein Teil ihrer Wagen  
steht auch auf dem angrenzenden Tempelhofer Feld — an-  
dauernden Belästigungen ausgesetzt sind. Und ein Besuch  
dieser Gegend in den Abendstunden bestätigt die Berechtigung dieser  
Klagen. Die Belästigungen, denen jeder Volkstanz ausgesetzt ist,  
rühren besonders von den Frauen der Zigeuner her. Diese  
sprechen mit Vorliebe fremde Männer an. Erst betteln sie um  
„ein paar Groschen für ein Stück Brot“, dann wollen sie „das  
Glück in der Hand fassen“, schließlich fragen sie, „wie spät es ist?“  
(um auf diese Weise zu erfahren, ob der Betreffende eine Uhr bei  
sich trägt), und zum Schluß machen sie es wie jede Prostituierte:  
sie fordern den Angesprochenen auf, „mitzukommen“. Wer nun  
etwa darauf eingeht, kann sich darauf gefaßt machen, daß er gehörig  
geschrippt wird, oder — wenn er sich nicht um seine Barockart prellen  
lassen will — von den herumlungernenden, halbwüchsigen Zigeuner-  
ungen eine Tracht Prügel erhält. In den Abendstunden dringen  
die Zigeunerfrauen oft bis zum Bahnhofs-Hermannstraße  
vor. Aufgabe des zuständigen Polizeireiters müßte es sein, hier  
einmal gründlich Ordnung zu schaffen.

Auch hoch oben im Norden Berlins besteht bekanntlich eine  
Zigeuner-Niederlassung, deren Mitglieder sich schon einigermassen  
kultiviert haben, nimmere aber scheint die Stadt von den Söhnen  
der „Kuffa“ als Durchgangsstation bevorzugt zu werden. In der  
Kurlischen Straße, im Nordosten der Stadt, haben neu-  
angewandene Zigeuner ihr Lager errichtet. In 14 Wohnwagen  
und mit zahlreichen, sehr schönen Pferden trosten sie hier ein. Die  
Zigeuner kommen aus Leipzig und wollen nach Hamburg.

## Gesunde Wohnstätten.

Aus der Schau am Kaiserdamm.

Gesunde Wohnstätten zu schaffen, erscheint heute dringender als  
je. In der Hygienischen Ausstellung am Kaiserdamm ist diesem  
Kapitel eine ganze Abteilung gewidmet.

Sehr gute aus dem Gesundheitshaus Urban stam-  
mende Modelle veranschaulichen plastisch die satfam bekannte Woh-  
nungsnot unserer Stadt. Einige sprechende Zahlen über die in  
Berlin von 1913 bis 1922 um 95 Proz. zurückgegangene Bautätig-  
keit: Im Bezirk Neukölln wurden 1912 noch 2792 Neumwohnungen  
für 214 Ehepaare, in Charlottenburg 2565 Wohnungen für 3221  
Ehepaare, im Jahre 1922 in den gleichen Bezirken 39 und  
267 Wohnungen für 3375 bzw. 4072 Neuperehepaare geschaffen!  
48 Proz. der Säuglingssterblichkeitsziffer liefern in einem Jahre die  
lichtlosen, unhygienischen Hinterhäuser. Eine halbe Million  
Berliner besitzen kein eigenes Bett! Ferner finden wir das  
Modell eines Zwei- und Dreizimmerhauses einer  
Straßenbahnerfiedlung mit allen gesundheitlich einwandfreien Be-  
dürfnissen von Kleinhäusern, dazu im Gegensatz zwei typisch neuere  
„Mietsofen“ ungesunder Art. Besonderes Interesse verdient eine  
projektierte Großsiedlung für 24000 Menschen, die in  
56 Häuser im Kreisrund von 650 Metern gebauten 18stöckigen  
Häusern, einer größeren Anzahl von Reihenhäusern, 100 Doppel-  
häusern, wesentlich eingeschossig, untergebracht werden sollen. Der  
Plan sieht die Unterkunft von 6000 Ledigen und 12000 beruf-  
stätiger kinderloser Ehepaare in möblierten Häusern vor, wäh-  
rend die Familie mit drei und mehr Kindern in den Doppelhäusern  
untergebracht werden sollen. Ein kleiner eigener Duschraum, Vor-  
plätze, Bäder, Lüftungen für jedes einzelne Zimmer sollen für eine  
hervorragende Beförmung, Belichtung und Lüftung sorgen. Die  
dreieckige Grünfläche, die Hochhäuser mit den Gartenfriedhöfen  
und dem Gelände für öffentliche Gebäude verbindet, hat einen Durch-  
messer von fast 1/2 Kilometer. Dieser ungeheure Plan, der an

deutschen Verhältnissen fast phantastisch erscheint, ist auf Grund so-  
zialer, volkswirtschaftlicher und hygienischer Mindestforderungen  
von dem Arzt Dr. Dehmel ausgedacht und vom Architekten  
B. D. A. Peter Thimister entworfen und durchgerechnet worden.  
Ueber die Ausführung sind mit führenden Großstädten Unterhand-  
lungen eingeleitet. Man verspricht sich — abgesehen von der teil-  
weisen Behebung des Wohnungslebens — eine Baufostenverbilli-  
gung von 25 bis 30 Proz. gegenüber den Baufosten der bisher  
üblichen kleinen und größeren Wohnhäuser, ferner eine große Er-  
sparnis an Baugrund, Straßenflächen, Kanalisation usw. trotz  
gleicher Bebauungsdichte. Wäre der Baugrund in der Nähe von  
Industriebezirken, bedeutete er für Tausende von Arbeitern eine  
Schonung der Kräfte für den oft recht weiten Hin- und Herweg zur  
Arbeitsstätte. Sehr erfreulich in der ganzen Ausstellungsabteilung  
wird die neu eingerichteten Rüsterräume, in denen die  
„Werkfreude“ (Frau Müller-Destreich) und die Firma Haus und  
Hausrat (Bildenhall) zeigt, wie man sich bei erschwinglichen Preisen  
geschmackvoll und gesundheitslich einwandfrei praktisch einrichten  
kann. Dazu im Gegensatz eine Reihe guter Photographien aus  
dem Besitz der Berliner Allgemeinen Ortskrankenkasse und aus der  
Arbeit ihres Direktors Albert Kohn. Typische, ungesunde, über-  
belegte Arbeiterzimmer mit überladenen Einrichtungen. Es fällt  
dem Sachkundigen auf, daß hier nicht etwa die schlechtesten Woh-  
nungen ausgelegt sind, man ist vielmehr bemüht gewesen, den  
Durchschnitt zu zeigen.

Hoffentlich wird der Anregung, einen Volkstag zum Ein-  
trittspreis von 10 Pf. statt 1 M. zu veranstalten, noch in letzter  
Stunde Folge geleistet, um auch den unbemittelten Kreisen den  
Besuch der Ausstellung zu ermöglichen.

## Berliner Diplomaten auf der Hygienemesse.

Die Allgemeine Deutsche Hygienemesse und Ausstellung, „Die  
Gesundheitsfürsorge unserer Zeit“, hatte am Donnerstag nachmittag  
zahlreichen Besuch aus der Berliner Diplomatie zu verzeichnen. Auf  
Einladung des Berliner Botschafters hin waren zu einer Besichtig-  
ung der Ausstellung und zu einem anschließenden Empfang in den  
Gesellschaftsräumen Vertreter folgender Staaten erschienen: Verei-  
nigte Staaten von Amerika, Großbritannien, Oesterreich, Italien,  
Niederlande, Belgien, Schweiz, Mexiko, Spanien, Portugal, Litauen,  
Luxemburg, Rumänien, sowie die Vertreter fast sämtlicher süd- und  
mittelamerikanischen Staaten. Der Führung durch die Ausstellung  
ging ein Empfang im Vortragsaal des Funkhauses voraus, bei dem  
Direktor Dr. Schmidt, Dr. Werenhoven und Professor Hoffmann über  
die Ziele und Zwecke der Allgemeinen Deutschen Hygienemesse und  
Ausstellung sprachen. Am Nachmittag besuchten in Vertretung des  
preussischen Ministerpräsidenten Braum die Ministerialräte Amelung,  
Bautnecht und Eissen die Ausstellung. Um weiteren Kreisen der  
Bevölkerung den Besuch zu ermöglichen, wird die Ausstellung am  
kommenden Sonnabend und Sonntag bis 10 Uhr  
abends geöffnet sein.

## Gegen das Jargon-Kabarett.

Der Zentralverein deutscher Staatsbürger  
jüdischen Glaubens veranstaltete am gestrigen Donnerstag  
im Osten und Westen Protestkundgebungen gegen das  
„mauschelnde“, sogenannte „Jargon-Kabarett“. Im dichtgedrängten  
Aulasaal der Fürstin-Bismarck-Schule, Eggenstr. 2,  
sprachen die Herren Dr. Pinner, Syndikus Schweiner, Dr. Brodny,  
Frau Dr. Edelheim im Namen der jüdischen Frauen und Herr  
Arnold Stein. Sie gaben allesamt je nach Temperament und  
Rednergabe ihrem heftigsten Mißfallen darüber Ausdruck, daß die  
heutige Komik im Theater, hauptsächlich aber im Kabarett, auf  
Kosten der Bächerlichmachung ihrer Glaubensgenossen beruht. Vor  
allem verwahren sie sich energisch gegen die starke Verhöhnung und  
Vergerung des jüdischen Typs, noch dazu durch Angehörige gleichen  
Wesens und gleicher Art. Da man bei einem Streit beide Teile  
hören soll, erhielt auch die Gegenseite — der bekannte Konferenzier  
Kurt Kobitschek — das Wort. Getreu seinem Wahlspruch:  
„Seid lieb und nett“, bekannte er sich reumütig als der Verfasser

vieser der gerügten Vorträge, gelobte feierlich Besserung und zog  
sich mit Anstand und Geschick aus der Affäre. Nicht ganz so fein  
Kollege Kurt Geron, der sich erstmalig als heftiger Vorkämpfer  
der pazifistischen Bewegung am Kabarett befeuerte. Geron, ein  
Hüne an Gestalt, überhörte die aufgeregte Menge und hielt  
ihre vor, daß der Künstler natürlich sozial Geschäftsmann sein muß,  
dem Publikum das zu bringen, was es haben will. — Hätte sich  
dem Ganzen nicht vielleicht doch im internen Wege ordnen lassen?  
Gewiß hätte Herr Kobitschek auch auf andere weniger raffische Weise  
die beanstandeten Vorträge gestrichen. Die eine Genugtuung hat er  
jedemfalls: Viele der Versammelten werden sich von der Befolgung  
ihres Befehls überzeugen können.

In der stark besuchten Versammlung in den Unions-Fest-  
sälen in der Greifswalder Straße sprachen die Herren Sobotta,  
Dr. Glaserfeld, Seligsohn und Frau Dr. Fried. Sämtliche Redner  
wandten sich mit größter Schärfe u. a. auch gegen einzelne Kabarettis-  
ten, Theater, Schauspieler und Kabarettisten. In beiden Versammlungen  
wurde eine Resolution angenommen, in der der Zentralverein  
deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens ersucht wird, den Kampf  
gegen die Auswüchse in Kabarett und Theater mit allen ihm zu  
Gebote stehenden Mitteln durchzuführen.

Die Tendenz des ganzen öffentlichen Protestes scheint uns ziem-  
lich verfehlt. Wobei wir keineswegs verfehlen, von gewissen rüden  
Geschmacklosigkeiten mit Nachdruck abzurücken.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt  
der heutigen Postauflage bei.

Ein Schwedentag in Berlin. Der heutige Freitag ist für Berlin  
ein Schwedentag. Mittags fand die Eröffnung der Schwedi-  
schen Kunstausstellung im ehemaligen Kronprinzenpalais  
statt, abends wird die gesamte skandinavische Kolonie  
Berlins sich im Sportpalast ein Stellbischen geben, um den großen  
Amateurkämpfern, an denen 6 der besten schwedischen Amateur-  
boxer teilnehmen, beizumohnen. Als gestern abend 8.03 der Stroh-  
holm-Berliner Zug auf dem Steinfirner Bahnhof eintraf, wurden  
die schwedischen Gäste von mehreren hundert begeisterten Sports-  
leuten empfangen.

Bei der Ma'vorkantung des 2. Krises (Tiergarten) im Wald ist ein  
„Kunstausstellung“ geplant. Im Interesse der Weisheit  
ist es erwünscht, daß von den Besuchen dazu auch Material zur Ver-  
sicherung gestellt wird. Die Ausstellung erucht nach, alle erreichbaren Photos,  
Druckzeugnisse und Gegenstände, die diesem Zweck dienen  
sollten, am Abend an folgende Adresse gelangen zu lassen: Lindenstr. 3,  
II. Hof, 4 Treppen, Gen. Wäger.

Freizeitliche Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr, Poppelallee 15, Vor-  
trag des Herrn Dr. R. Frie: „Ferdinand Freiligrath“. Oratorium:  
Aus „Martha“ (Biotow). Gäste willkommen.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.  
Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 27/28. Hof 1. Et.  
Kabarett, die am Sonnabend zu der Kreisfahrtreise nach  
Herslowe fahren wollen, benützen die Adressen 2.05 und 5.35 Uhr ab  
Stettiner Bahnhof.

## Geschäftliche Mitteilungen.

Die in Neukölln behrens eingeführte Firma Walter Wiskelton G. m. b. H.,  
Neukölln, Bergstraße 44-45, so eingeliegt in Glas, Pottsdam, Bezirksamt  
dar sich auf die letzten Wunsch des großen Kundenkreises entschlossen, von Freitag  
den 22. April, bis Montag den 3. Mai, die beliebten 95-Pf-Tag zu wiederholen.  
Wir empfehlen besonders auf das Inserat in unserer Nummer.

Verantwortlich für Politik: Richard Wetzstein; Wirtschaft: Arthur Seidenman;  
Gesellschaftswesen: J. Klein; Kultur: Pauline; R. S. Böcker; Verlags-  
und Commissions: R. A. Karstadt; Anzeigen: Th. Wiede; sämtlich in Berlin.  
Verlag: Hermann-Werlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Werlag  
und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co., Berlin SW. Lindenstraße 3.  
Blatt 1. Blatt.

# Für den Haushalt

### Porzellan

Kaffeesevice 9 teilig, 6 Pers. 4<sup>50</sup>  
Teller mit gemacktem Goldrand, tief oder flach 58 Pf.  
Abendbrotteller 35 Pf.  
Tassen mit Untertassen, Goldrand 28 Pf.  
Tassen mit Untertassen, blau Band 28 Pf.

### Steingut

Waschbecken bunt 75 Pf. 1<sup>35</sup>  
Waschkübel bunt 40, 65 Pf. 1<sup>25</sup>  
Satz Salatiere 6 teilig 95 Pf.  
Kannenuntersätze 45 Pf.  
Teller weiss, tief oder flach 12 Pf.

### Glas

Salatiere Monopol, Rund gepreßt 20 bis 95 Pf.  
Käseglocken 1<sup>55</sup>  
Butterglocken 95 Pf.  
Kuchenteller 95 Pf.  
Kompotteller 8 Pf.

### Emaill- u. Aluminiumwaren

Schmortöpfe ohne Ring 55, 65, 95 Pf.  
Kasserollen mit Stiel 40, 50, 60 Pf.  
Wassereimer grau 85 Pf.  
Milchkannen Aluminium, mit Bgvl. 1<sup>25</sup>

### Nickel- und Stahlwaren

Brotkörbe mit Steingutetelago 95 Pf.  
Ovales Tablett vernickelt 75, 95 Pf.  
Kaffeelöffel Alpaka, Perlrand 35 Pf.  
Esslöffel Alpaka, Perlrand 65 Pf.

### Holz- und Borstenwaren

Waschbretter 65, 95 Pf. 1<sup>25</sup>  
Blumenkasten 55, 75, 90 Pf.  
Handfeger Rosshaar 95 Pf. 1<sup>25</sup>  
Stubenbesen 1<sup>00</sup> 2<sup>65</sup>

Wassereimer 26 cm 28 cm verzinkt 85 Pf. 1<sup>10</sup>

Teppichkehrmaschinen 8<sup>75</sup>  
Ausklöpfer gute Ausführung 95 Pf.

Eisschränke mit Zink- u. Glaseinlagen von 45<sup>00</sup> an

### Gardinen

Etamin-Halbstores mit Einsätzen 2,50, 1,95, 1<sup>50</sup>  
Etamingarnituren 3<sup>50</sup>  
Engl. Tüll-Halbstores 2,25, 4,75, 2<sup>95</sup>  
Engl. Tüllgarnituren 5,25, 4,75, 3<sup>50</sup>  
Bettdecken 3<sup>75</sup> 6<sup>50</sup> 8<sup>25</sup>  
Bettdecken 5<sup>75</sup> 8<sup>25</sup> 12<sup>00</sup>

### Teppiche und Linoleum

Triumph-Teppich ca. 50/100/60/120/160/240/190/290 2<sup>90</sup> 3<sup>75</sup> 2<sup>50</sup> 3<sup>60</sup> 5<sup>40</sup>  
la Wollperser ca. 60/120 90/180 100/200 250/350 300/400 9<sup>00</sup> 20<sup>25</sup> 7<sup>50</sup> 11<sup>2</sup> 15<sup>00</sup>  
Linoleum-Läufer 60 cm 67 cm 90 cm 110 cm 183 cm 2<sup>15</sup> 2<sup>45</sup> 3<sup>25</sup> 4<sup>10</sup> 4<sup>95</sup>  
Linoleum-Auslegeware 300 cm breit, Quadratmeter 2<sup>90</sup>  
Linoleum-Reste sehr preiswert

### Gartendecken

Mitteldecken weiss mit farbigem Druck, Größe ca. 80x90, Stück 1<sup>35</sup>  
Gartendecken Javagewebe, bunt kariert, Größe 110x150 2,95, Größe 110x110 2<sup>25</sup>  
Gartendecken durchgewebt, versch. Farb- stellung, Gr. 110x150 3,25, Gr. 110x110 2<sup>45</sup>  
Markisenstoffe prima Qualls, einfarb. u. ge- streift, ca. 120 cm breit, 2,95, ca. 100 cm breit 2<sup>50</sup>  
Poliertücher weiche Qualität, gelblich, Stück 18 Pf.  
Staubtücher mit rotem Rand, gute Qual., Gr. ca. 40x45 cm 25 Pf.

Freitag — Sonnabend  
Soweit der Vorrat reicht  
**Extra billige Lebensmittel**  
Sülze Pfund 38 Pf.  
Mettwurst nach Hildesheimer Art. Pfund 85 Pf.  
Berl. Mettwurst Pfund 90 Pf.  
Leberwurst n. Hausmoder- art. Pfund 95 Pf.  
Vierfrucht n. Marmelade 2 Pfund 65 Pf.  
Pflaumenkonf. 2 Pfund 75 Pf.  
Apfelmus 1/2 Dose 58 Pf.  
Linsen Pfund 18 Pf.  
Erbsenpüree 1/2 Dose 38 Pf.  
Gerste gebrannt Pfund 18 Pf.

**Prima Kernseife**  
Riegel 17 Pf. 400 g 32 Pf. 700 g 56 Pf. 900 g 76 Pf.  
**Wachskernseife**  
Riegel 23 Pf. 400 g 45 Pf. 700 g 78 Pf. 900 g 1<sup>00</sup>  
**2 Pak. Pulver, 1 Pak. Soda, zusammen**  
**1 St. Oberschalseife 80 Pf.**  
**1 Bürste, 1 Tuch, zusammen**  
**1 Pak. Pulver, 1 Pak. Soda 95 Pf.**

Portieren-Garnitur rein Messing 150 cm lang 2<sup>35</sup> Steppdecken doppelseitig bunt Seid., Handarbeit, Schnittgröße 160x210 17<sup>25</sup>  
**HERMANN TIETZ** Frankfurter Allee

Freitag u. Sonnabend  
Schlusstage **95 Pfennig-**  
unseres **Verkaufs**

Gewerkschaftsbewegung

Der Konflikt im englischen Kohlenbergbau. Zeitweilige Beihilfen möglich.

London, 23. April. (W.B.) Die gestrige Erklärung Baldwins, daß die Subvention für den Kohlenbergbau am 1. Mai eingestellt werden muß, stellt, wie Reuter mitteilt, die wohlüberlegte Auffassung des Kabinetts dar. In welchem Umfang „zeitweilige Beihilfen“ geleistet werden, hängt ganz von der Lage ab, die sich aus Grund der gegenwärtigen Verhandlung ergibt. Wie der Sekretär des Grubenbesitzerverbandes mitteilt, sichten die Bergarbeiter bei der heutigen Besprechung keinen Zweifel darüber, daß sie an dem Grundged der restlosen Ablehnung jeder Lohnherabsetzung festhalten. Die Grubenbesitzer kamen hierauf auf die Arbeitszeitfrage zurück und wiesen darauf hin, daß sie in der Lage wären, viel vorteilhaftere Bedingungen vorzuschlagen, wenn die Führer der Bergarbeiter ihren Leuten durch Bewilligung einer gewissen Verlängerung der Arbeitszeit die Möglichkeit zu einem angemessenen Verdienst geben wollten. Die Besitzer erklärten gegenüber den Bergarbeitern, sie wünschten keine Lohnherabsetzung, wiesen jedoch darauf hin, daß einige Bezirke, insbesondere die auf den Export angewiesenen, sich in einer geradezu verzweifeltten Notlage befänden und die Konkurrenz mit Ländern auszuhalten hätten, in denen die Arbeitszeit länger und der Lohn niedriger ist.

Generalversammlung der Metallarbeiter.

Anträge zum Verbandstag.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes tagte am 16. April 1926 im Verbandsbau und nahm Stellung zu den eingereichten Anträgen. Die Verschiedenartigkeit der Anträge, welche gestellt waren, zeigt, welches impulsive Leben unter den Mitgliedern herrscht. Nicht alle eingereichten Anträge fanden die Zustimmung der Generalversammlung.

Angenommen wurde ein Antrag, welcher verlangt, daß auf dem Verbandstag ein Referat über „Die Jugend in der Gewerkschaft und die Aufgaben der Organisation“ gehalten werden soll. Ferner wurde in einem weiteren Antrag der Vorstand beauftragt, bei geeigneten Körperschaften dafür einzutreten, daß in dem kommenden Reichsarbeitsgesetz die Bestimmung aufgenommen wird, daß Lehrlinge und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen bis 18 Jahre nur 8 Stunden am Tage beschäftigt werden dürfen und daß Ausnahmen unzulässig sind. Fernerhin wurde verlangt, daß der Vorstand bei den Reichs- und Landesbehörden dafür eintreten möge, daß aus den Lehrverträgen alle die Koalitionsfreiheit einschränkenden Bestimmungen entfernt werden.

Ein Antrag verlangt, daß der Vorstand im A.D.G.B. dahin wirken soll, daß den geeigneten Körperschaften ein Antrag übermittelt wird, damit durch Gesetzesform die Einheit der gesamten Sozialversicherung zustande kommt.

Die Regelung der Unterstützungszuflüsse von aus anderen Organisationen übertretenden Mitgliedern wird in einem weiteren Antrag verlangt. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, in besonders gearteten Fällen Ausnahmen zuzulassen. In einem weiteren Antrag wird verlangt, daß den Mitgliedern das Wahlrecht von einer 13wöchigen Beitragsleistung abhängig gemacht werden soll. Ein weiterer Antrag fordert den Vorstand auf, im A.D.G.B. dahin zu wirken, daß die Gewerkschaftseinheit für alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften in einer Gewerkschaftsinternationale hergestellt wird.

Gegen eine geringe Anzahl Stimmen wurde ein Antrag angenommen, der sich mit der Rolle der „Frankfurter Zeitung“ vom Februar 1926 befaßt, in der die Mitteilung enthalten war, daß eine neue Zentralarbeitsgemeinschaft wieder im Entstehen sei. Der Antrag nimmt Bezug auf eine Erklärung des Bundesvorstandes im „Vorwärts“ vom 9. Februar und bemerkt, die Gegenklärung des Bundesvorstandes ist geeignet, Unklarheiten und Mißverständnisse zu schaffen und läßt verschiedene Fragen offen. Die Verbandsgeneralversammlung ersucht daher den Vorstand, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß eventuelle Bestrebungen zur Errichtung einer neuen Arbeitsgemeinschaft, gleichviel unter welchem Namen, von vornherein unmöglich gemacht werden.

Zwei weitere Anträge — die Frauennarbeit betreffend — wurden zu einem verschmolzen. In dem derart einstimmig angenommenen Antrag heißt es:

„Die Spezialisierung der Arbeitsoberflächen (Fließarbeit) in der Metallindustrie hat dahin geführt, daß Arbeiten, die früher geteilter Arbeiter, Mechaniker usw. verrichteten, heute vorwiegend von Frauen ausgeführt werden. Da es nun von jeder das Bestreben der Unternehmer war, die Frauennarbeit möglichst niedrig zu halten, muß bei allen Tarifverhandlungen der alte sozialistische Grundged „für gleiche Arbeit gleicher Lohn“ durchgeführt werden.“

Der 17. Verbandstag beauftragt den Vorstand, dafür Sorge zu tragen, daß in allen Verwaltungsbezirken im Oktober d. J. eine Betriebswoche für die Gewinnung der Metallarbeiterinnen veranstaltet wird, um so der Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft ein Ziel zu setzen. Die Agitation unter

den Metallarbeiterinnen ist auf das nachdrücklichste zu fördern. Zu diesem Zwecke und zur Schulung der gewonnenen weiblichen Mitglieder sind besondere Veranstaltungen agitatorischer und belehrender Art von den Ortsvereinigungen, in deren Bereich Metallarbeiterinnen tätig sind, zu treffen.“

In diesem uns reichlich spät zugegangenen Bericht ist bemerkenswert die Kritik des im „Vorwärts“ erschienenen Berichts über die Sitzung des Bundesauschusses des A.D.G.B. Der kritisierte Passus lautete:

„Die Debatte wandte sich dann der Erörterung der Wirtschaftslage zu. Für die Gewerkschaften liegen hier eine Reihe brennender Fragen. In deren Vordergrund die Wahrung der Arbeitslosigkeit, d. h. die Schaffung von Arbeitsgelegenheit, steht. Ueber diese Fragen haben mit den Regierungskreisen, mit der Hauptverwaltung der Reichsbahn, dem Reichsverband der Deutschen Industrie und mit Vertretern des Unternehmertums und des Bergbaues Besprechungen stattgefunden. Anlässlich dieser Besprechungen ist in der „Frankfurter Zeitung“ die Behauptung aufgestellt worden, es handele sich hierbei um die Wiederaufrichtung der Arbeitsgemeinschaft. Diese Behauptung entbehrt jeder Grundlage. Mit keinem Wort ist in den Besprechungen von der Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft die Rede gewesen. Die Gewerkschaften werden, unbekümmert um diese falschen Gerüchte, ihre Bemühungen auf diesem Gebiet fortsetzen, soweit das Interesse der Arbeiterschaft es erfordert.“

Seit diese Erklärung veröffentlicht wurde, bis zur Generalversammlung der Metallarbeiter sind mehr als zwei Monate vergangen. Die von der „Frankfurter Zeitung“ langierte Ente ist längst tot und begraben. Kein Mensch innerhalb der freien Gewerkschaften spricht von einer oder denkt an eine „Arbeitsgemeinschaft“. Die Generalversammlung der Metallarbeiter hielt es aber für notwendig, die tote Ente auszugraben. Sie hätte wirklich klüger getan, über die Geschichte, die heute kein Mensch mehr ernst nimmt, stillschweigend zur Tagesordnung überzugehen.

Gastwirtsgehilfen gegen Gemeindebestimmungsrecht.

Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten wird uns geschrieben:

Die Funktionärerversammlung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, die am Montag im Berliner Gewerkschaftshaus tagte, beschäftigte sich mit einem Vortrag des Genossen Greppler über die Konjunktionsgenossenschaftsbewegung. Dabei spielte die Auslegung der Listen für das Gemeindebestimmungsrecht in den Verkaufsstellen der Konjunktionsgenossenschaften eine Rolle. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Die Funktionärerversammlung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten erkennt die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Konjunktionsgenossenschaftsbewegung voll an und verpflichtet die Funktionäre, für den Eintritt der Verbandsmitglieder in die Konjunktionsgenossenschaften zu sorgen. Die Versammlung kann sich allerdings mit der Haltung der Konjunktionsgenossenschaften gegenüber der Propaganda für ein Gemeindebestimmungsrecht nicht einverstanden erklären. Die Konjunktionsgenossenschaft wäre verpflichtet gewesen, in dieser absolut kritischen Frage neutral zu bleiben. Es bestand keinerlei Veranlassung, wegen dieser Frage Differenzen innerhalb der Mitgliedschaft herbeizuführen.“

Da es leider unmöglich ist, den Standpunkt der beteiligten Arbeiterorganisationen in der Sache des Gemeindebestimmungsrechts in der Arbeiterpresse zum Ausdruck zu bringen (?), wurde einstimmig beschlossen, die Verwaltung mit der Einberufung öffentlicher Versammlungen zu beauftragen.

Amsterdam oder Moskau? Demokratie oder Diktatur.

Amsterdam, 22. April. (Eigener Drahtbericht.) In einer Vertrauensmännerversammlung der Gewerkschaften im Haag äußerte sich Genosse Dudgeest eingehend zu der Frage einer Einheitsfront mit den russischen Gewerkschaften. Er bezeichnete den Streit zwischen Amsterdam und Moskau als einen Streit zwischen Demokratie und Diktatur. Für ihn als den Vertreter von 17 Millionen europäischer, dem internationalen Gewerkschaftsbund angehörender Arbeiter handele es sich um eine Frage von Sein oder Nichtsein der freigewerkschaftlichen Bewegung. Der Internationale Gewerkschaftsbund sichere durch seine Statuten die Selbständigkeit jeder Gewerkschaftsbewegung. Dieser Punkt der Statuten mache den Anschluß der Russen unmöglich. Es sei ein Irrtum der „Roten Gewerkschaftsinternationale“, zu glauben, in jedem Lande die gleiche Methode befolgen zu können. Wenn die Russen die Satzungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes anerkennen würden, stünde ihnen die Türe zum Anschluß offen. Aber Rußland glaube immer noch an die Diktatur, deren erklärter Gegner der Internationale Gewerkschaftsbund sei. Er, Dudgeest, glaube jedoch, daß die tatsächliche Einheit kommen werde. Die russische Entwicklung gehe dahin, daß die Staatsindustrie von fremdem Kapital überflügelt wird. Dagegen werde sich die russische Gewerkschaftsbewegung zur Wehr setzen, woraus sich die Annäherung an Amsterdam ergeben werde.

Wirtschaft

Der deutsche Bergbau im März. Weitere Verschlechterung.

Im März 1926 wurden im Ruhrgebiet insgesamt 8 584 366 Tonnen Kohle gefördert. Arbeitstäglich betrug die Kohlenförderung im März 317 939 Tonnen gegen 335 432 Tonnen Februar 1926. Die Kokserzeugung stellte sich im März auf 1 787 546 Tonnen (im Vormonat auf 1 656 929 Tonnen). Die tägliche Kokserzeugung betrug im März 1926 57 663 Tonnen und im Februar 1926 59 176 Tonnen.

Die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter belief sich Ende März 1926 auf 377 520 gegen 383 599 Ende Februar 1926, sie ist mithin gegenüber dem Vormonat um weitere 6079 zurückgegangen. Ende März 1926 waren noch 467 993 Arbeiter beschäftigt. 583 769 im Februar 1926. Die Zahl der Feierschichten betrug im März 1926 952 000 (nach vorläufiger Berechnung, gegen 545 000 im Februar 1926). Die Zahl der Feierschichten war im März 1926 um rund 160 000 höher als die bisherige Höchstziffer (August 1924 793 000). Die starke Zunahme der Feierschichten läßt erkennen, wie sehr sich die Lage des Ruhrbergbaues in letzter Zeit verschlechtert hat.

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau hatte im März eine Rohkohlenförderung von 8 186 010 Tonnen (Vormonat 7 729 651 Tonnen) und eine Bricketherstellung von 2 061 296 Tonnen (im Vormonat 1 986 995 Tonnen). Die arbeitstäglich produzierte Rohkohle betrug im März 303 186 Tonnen (Vormonat 322 069 Tonnen) und an Bricketts 76 344 Tonnen (Vormonat 82 791 Tonnen). — Der Abbruch an Hausbrandbricketts ließ gegenüber dem Vormonat nach Einsetzen der warmen Witterung erheblich nach, so daß die Stapelmengen außergewöhnlich stark zunahm. Lahmend auf den Absatz wirkten auch die für den 1. April angekündigten Sommerpreise. Der Absatz an Industriebricketts hielt sich im Rahmen des Vormonats. Der Rohkohlenabsatz ließ mit vorrückender Jahreszeit immer mehr zu wünschen übrig.

Der Zu- und Abgang von Arbeitskräften war im allgemeinen normal. Die im Winter teilweise stillgelegten Abraumbetriebe wurden zum Teil wieder in Betrieb genommen. Es machten sich hierdurch Neueinstellungen notwendig.

Bei den Siegerländer Gruben haben sich im März 1926 die Verhältnisse noch weiter verschlechtert. Förderung und Absatz weisen einen Rückgang von 60 Proz. gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres auf. Die große Arbeitslosigkeit wird durch die anfangs April erfolgte Einstellung einer großen Grube noch vermehrt. Bisher ist die in Aussicht gestellte Kostensenkung für den Eisenerzbergbau in Bahn und Düll über das Stadium der Prüfungen und Erwägungen noch nicht hinausgediehen.

Stille Liquidation der Agrar- und Commerzbank A. G. Die der Roggenrentenbank nachfolgende Agrar- und Commerzbank A. G., die mit einem Aktienkapital von 2 Millionen Reichsmark arbeitete, beschränkte sich nach den Ausführungen des Geschäftsberichts schon im Jahre 1925 in der Hauptsache auf die Verwaltung ihrer Beteiligungen. Sie besitzt 1 493 000 R. Aktien der Preussischen Landbracketbank und 807 520 R. Aktien der Roggenrentenbank. Sie gibt jetzt jede geschäftliche Betätigung auf. Stellt ihr Aktienkapital auf 100 000 R. um und verkauft ihre Beteiligungen an die neue Großaktionärin, die Bankfirma Fränkel u. Simon. Diese kauft den alten Aktionären auf ihr Verlangen ihren Aktienbesitz gegen Pfandbriefaktien der Roggenrentenbank um. Die Pfandbriefaktie wird bei diesem Umtausch mit 122,5 Proz. die Roggenrentenbankaktie mit 100 Proz., die Agrar- und Commerzbankaktie mit 20 Proz. bewertet. Also eine stille Liquidation. Trotzdem kann sich das Unternehmen den Luxus von 6 Direktoren leisten, charakteristisch für die Ueberhebung des Leitungsapparates. Das ist nicht etwa, wie wir bei den Großbanken feststellen können, eine Einzelercheinung. Trotzdem wagen die Banken immer noch von zu hohen Unkosten zu reden, die sie durch Abbau und schlechte Befolgung des unteren Verwaltungsapparates zu verringern suchen.

Ein günstiger Abschluß aus der Gubener Hutindustrie. Im Gubener Bezirk, der bekanntlich der Hauptsitz der Hutfabrikation in Deutschland ist, werden außerordentlich niedrige Löhne gezahlt. Doch aber die Hutfabrikanten in der Lage wären, ihre Arbeiter anständig zu entlohnen, beweist u. a. die der Generalversammlung vorgelegte außerordentlich günstige Bilanz der Berlin-Gubener Hutfabrik A. G., des größten deutschen Unternehmens dieses Gewerbes. Sie erzielte bei einem Aktienkapital von 5,25 Mill. Mark einen Reingewinn von 1 248 936 R., aus dem noch großen Rückstellungen eine Dividende von 14 Proz. zur Ausschüttung gelangt. Das Unternehmen hat keine Bankschulden, und andere Schulden nur in Höhe von 3,870 Mill. Mark, denen an Aktien gegenüberstehen: Lukenstände und Guthaben mit 5,120 Mill. Mark, Wechsel mit 226 685 R. und Borräte mit 2,353 Mill. Mark. Den Erfolg hat die Gesellschaft in erster Linie dem starken Absatz von Damenhüten zu danken. Die Umsätze der ersten drei Monate des laufenden Geschäftsjahres sind nach den Mitteilungen in der Generalversammlung eine Kleinigkeit höher als in dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Florderne Anzüge zu äußerst billigen Preisen. Sakko-Anzug halbhare Qualität in praktischer Modelfarbe... 46.- Sport-Anzug Faltenjoppenform m. Breech, dauerhafter grüner Loden, M. 38.- Sport-Anzug f. Jügl. mod. Chev. m. Streif., gefütterte Knöchel, Gr. 38 M. 28.- Sakko-Anzug rostrauher, engl. gemustert, Cheviot, sehr flott... 71.- Sport-Anzug 2teil., mit Breech, mod. Karomuster, neueste Form... 44.- Sakko-Anzug für Jüngl., mod. farb. Cheviot, Diamantmuster, Gr. 38 M. 32.- Sakko-Anzug mit elegant kariertem glatter Stoff, zweireihig... 95.- Manchester-Anz. m. kurz od. lang. Hose in versch. Farb., solide Qual., M. 48.- Sakko-Anzug für Jügl., blaugrauer Gabard. m. fein. Ueberkaro, Gr. 38 M. 36.- Sakko-Anzug modebrauner elegant. Gabardine mit Effektstreifen... 115.- Sport-Anzug 4teil., mit langer u. kurzer Hose, grau gemustert... 68.- Kieler Anzüge aus pa. Melton-Chev., beste Ausführung für 3 Jahre, M. 30.-, 25.- 15.- Kieler Anzüge aus blau-weiß gestreiften Kadettstoffen, f. 3 Jahre, M. 13.-, 9.50, 7.50 6.- Jacken-Anzüge aus mod. gemust. Chev., ganz gefüttert, für 3 Jahre... M. 38.-, 30.- 20.- Sport-Anzüge kleidende Form, in viel. modernen Mustern, f. 3 Jahre, M. 36.-, 30.- 22.- Bedeutend herabgesetzt: Ein großer Pasten einzelner Herren Sacko-Anzüge, auch für korpulente Figuren. Leineweber Berlin C, Kölnischer Fischmarkt 4-6

# 95 Pfennig-Tage 95

Walter Michelson <sup>G.m.</sup> <sub>b.H.</sub> Neukölln, Bergstr. 44-45

Sensationell billige Angebote!

Jeder Artikel ein Schlager!

Emaille		Porzellan		Wirtschaftsartikel		Glas	
1 Wanne rund, 36 cm . . . . .	95 Pt.	4 Abendbrotteller 19 cm, Porzellan, dekor.	95 Pt.	2 Spisesteller Porzellan, Feston, Goldrand . . . . .	95 Pt.	1 Hackmesser prima . . . . .	95 Pt.
1 Kaffeekanne weiß, 13 cm . . . . .	95 Pt.	1 Brotkorb rund durchbrochen . . . . .	95 Pt.	1 Satz Schüsseln 6 teilig . . . . .	95 Pt.	1 Stahlpfanne geschliffen, 26 cm . . . . .	95 Pt.
1 Waschsüssel 34 cm . . . . .	95 Pt.	3 Spisesteller Feston, tief oder flach . . . . .	95 Pt.	3 Vorratsstößen Delft . . . . .	95 Pt.	1 Kaffeebüchse lack., 1 Pfd. (ZUS. 2 Weingläser mit Mattband . . . . .	95 Pt.
1 Konsol mit Maß . . . . .	95 Pt.	3 Abendbrotteller FestonGold, 19 cm . . . . .	95 Pt.	3 Paar prima Goldrand-Tassen . . . . .	95 Pt.	3 Portweingläser mit Mattband . . . . .	95 Pt.
1 Kindergarnitur 3 teilig, dekoriert . . . . .	95 Pt.	1 Schlüssel 25 cm } zus. . . . .	95 Pt.	1 Waschebecken 34 cm, Steingut . . . . .	95 Pt.	2 Weinrömer mit grünem Fuß . . . . .	95 Pt.
1 Kartoffeleimer weiß, 22 cm . . . . .	95 Pt.	1 Milchtopf 1 Liter . . . . .	95 Pt.	1 Fleischtopf mit Deckel, 16 cm, Delft . . . . .	95 Pt.	1 Käseglocke glatt . . . . .	95 Pt.
1 Wassereimer hellgrau, 26 cm . . . . .	95 Pt.	3 Abendbrotteller 19 cm Kantiendek. . . . .	95 Pt.	1 Stiel-Kasserolle 16 cm, Delft . . . . .	95 Pt.	3 Bierbecher geschliffen . . . . .	95 Pt.
1 Nachtgeschirr 32 cm, weiß . . . . .	95 Pt.	1 Schlüssel rund, 25 cm Delft . . . . .	95 Pt.	1 Milchträger 1 Liter, Delft . . . . .	95 Pt.	3 Likörgläser mit grünem Fuß . . . . .	95 Pt.
1 Zwiebelbehälter weiß . . . . .	95 Pt.	1 Sauciere Feston, weiß . . . . .	95 Pt.	1 Kaffeekanne 1 Liter, Delft . . . . .	95 Pt.	6 Sandblas-Bierbecher . . . . .	95 Pt.
1 Wasserkessel mit Sack . . . . .	95 Pt.	1 ovale Platte Feston, weiß 35 cm . . . . .	95 Pt.	1 Milchtopf mit Ausguß, 14 cm, Delft . . . . .	95 Pt.	5 Goldrand-Bierbecher . . . . .	95 Pt.
1 Kaffeeflasche 1 1/2 Liter . . . . .	95 Pt.	1 Schmalzdose mit Goldrand } zus. . . . .	95 Pt.	2 Milchtopfe mit Ausguß, 9 und 11 cm, Delft . . . . .	95 Pt.		
1 Salz- oder Mehlmeste . . . . .	95 Pt.	1 Butterdose . . . . .	95 Pt.	12 Kompotteller . . . . .	95 Pt.		
1 tiefe Schüssel 30 cm, weiß . . . . .	95 Pt.	3 Paar prima Tassen mit Randdek. . . . .	95 Pt.	1 Petroleumkanne 2 Lit., lackiert . . . . .	95 Pt.		
1 runde Platte 36 cm . . . . .	95 Pt.	3 Weinblätter Golddekor . . . . .	95 Pt.	1 Quirigarnitur 6 teilig . . . . .	95 Pt.		
1 Waschsüssel mit Seifennapf, 32 cm . . . . .	95 Pt.	1 Butterglocke Randdekor . . . . .	95 Pt.	1 Likörwürmer reichgeschliffen, in 6 Farben, sortiert . . . . .	95 Pt.		
		4 Kaffeebecher dekoriert . . . . .	95 Pt.	1 Schmortopf 20 cm, braun . . . . .	95 Pt.		
		1 Kaffeekanne für 6 Personen . . . . .	95 Pt.				

### Steingut

6 Speiseteller tief oder flach, bunt . . . . .	95 Pt.
6 Gewürztonnen . . . . .	95 Pt.
1 Nachtgeschirr bunt . . . . .	95 Pt.
1 Milchtopf 1 1/2 Liter . . . . .	95 Pt.
1 Salz- od. Mehlmeste bunt . . . . .	95 Pt.

Wilhelm Schulze  
im 60 Lebensjahre. Diesen Mann tiefbetruht an im Namen der Hinterbliebenen . . . . .  
Wwe. Charlotte Schulze, geb. Krüger wohnt 5 Uhr, von der Waisenfelde Kirchhofstraße, Berliner Str., aus halt.

**Gardinen!**  
Sonderangebote und Gelegenheitskäufe  
Künstlergardinen 2.90  
Madrasgardinen 4.-  
Stores 2.20  
Jestdecken 1 bettig 4.-  
1 bettig 8.-  
Spez.-Gardinenwerkst. Neukölln, Bergstr. 67 am R.-Bahnhof Kels Laden!

*Ein jeder Herr*



ob schlank oder korpulent, finden Sie Passendes in großer Auswahl

Herren-Gabardin-Mäntel zweifelhige Form	43.- 46.- 49.- 59.- 95.-
Covercoats in beliebten Farben	59.- 65.- 69.- und höher
Herren-Anzüge in vielen modernen Farben und Formen	39.- 43.- 45.- 49.- 53.- 65.-
Gummi-Mäntel	16.50 19.50 23.- 27.- 32.- 40.- u. höher

**PHILIPP Fabrik**  
BERLIN-ROSENTHALERSTRASSE  
SPEZIAL-HAUS FÜR HERREN UND KNABENKLEIDUNG

1 Rosenthaler Straße 1 | am Rosenthaler Platz | 1 Rosenthaler Straße 1

**Gänsefedern** mit allen Daunen zum Selbsttreiben Pfund 3.- M. fertige Konkurrenzlos billig. Preisliste frei.  
W. Barowick, Bettfedernversand Neu-Trebbin 24 (Oderbruch).

**Nagelpflege-Garnituren Kopp & Joseph** BERLIN W  
in vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.

**Damen-Konfektions-Haus**  
**Hugo Ahronfeld**  
Große Frankfurter Straße 117 an der Andreasstr.  
Besonders billige Bezugsquelle für Mäntel, Kostüme, Kleider, Kompletts, Jumper, Röcke . . . . .  
Stets das Neueste der Mode. Die Preise sind der Zeit entsprechend enorm billig gestellt. (Auch für stärkste Figuren Passendes.)

**Auf Teilzahlung**  
Herren- und Garderobe Knaben-Sportpaletots, Gabardine- und Gummi-Mäntel  
**MÖBEL**  
Schlafzimmer, Küchen, Schränke, Metallbetten, Sofas, Chaiselongues  
Anfcl, Gr. Frankfurter Str. 34  
Strausberger Platz

**DER KLEINE BROCKHAUS**  
Preis M. 25.-  
Zu beziehen durch  
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2 (Abteilung Sortiment) und sämtl. Vorwärts-Ausgabestellen

**Berliner Elektriker Genossenschaft**  
angeschl. dem Verh. sog. Beubetriebe Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 6525, 6536  
Filiale Westen, Wilmersdorf Landhausstr. 4. Tel.: Pilsberg 9631  
Ausstellungsräume und Lager: Alexanderstraße 39-40 (Alexander Passage). Telefon: Königstadt 540  
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel  
Ausführg. sämtl. Reparaturen  
Preiswerte, gediegene Arbeit

**Wolff Hoffmann**  
**Episoden und Zwischenrufe**  
aus der Parlaments- und Ministerzeit.  
Preis 1 Mark. Voco 6 Pfennig.  
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

**Preisfrage**  
Bei wem kauft man in Berlin Bären-Spiel?  
30 Preise: Sportstrümpfe, Straßen- und Sportstiefel.  
Antworten unter B. 25, Vorwärts-Verlag, Lindenstr. 1.

**Tapeten**  
25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.  
Stiefelmaße in allen Preislagen - herrliche Muster Tapeten für Puppenstuben - Linoleum u. Fußmatten  
**Tapeten-Magazin Humboldt**  
Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße  
mit 1. Etage, kein Laden.  
(Kingshof, Haber Kunstverglas Billa.)  
Vorzeigen erhält 2% Rabatt.

Außerordentlich billige

# Sonnabend-Angebote

Damenstrümpfe Baumwolle, Ferse u. Spitze verstärkt	38 Pt.	Herrensocken Baumwolle, verstärkte Ferse u. Spitze, farbig	35 Pt.	Crepe marocain neueste Druckmuster . . . . .	98 Pt.	Kassake Vollvoile mit langem Arm, aparte Ausführung . . . . .	425
Damenstrümpfe Makko, Doppelsöhle u. Hochferse	68 Pt.	Herrensocken grau, Schweißqualität, sehr haltbar . . . . .	48 Pt.	Voll-Voile Schweizer Fabrikat . . . . .	138	Completts Faltenrock, sehr elegante jugendliche Machart . . . . .	1975
Damenstrümpfe Seidenflor, Doppelsöhle, Hochferse . . . . .	95 Pt.	Herrensocken Seidenflor, Doppelsöhle, Hochferse . . . . .	95 Pt.	Poyeline 80 cm breit, in den neuesten Farben . . . . .	148	Frauenkleider aus schwerem Ripé, moderne Machart . . . . .	2395
Damenstrümpfe Kunstseide, Doppels. Hochf., gemind. Naht . . . . .	145	Herrensocken moderne Fantasie-muster . . . . .	95 Pt.	Wachseide künstliche . . . . .	140	Mäntel aus vorzüglichem Gabardine, Herrenschnitt . . . . .	1825
Damenstrümpfe Reine Seide, Trama u. Doppels. u. Hochf. . . . .	295	Herrensocken reine Wolle, moderne Fantasie-muster . . . . .	145	Bastseide 80 cm breit, vorzügliche Qualität . . . . .	490	Kinderkleider Gr. 64, aus vorzüglicher Kunst-Wachseide . . . . .	625

**W. Sessler, Schöneberg**  
Kolonnenstr. 10/11 Ecke Sedanstr.  
Das Haus der guten und billigen Qualitäten

Jeder Kunde erhält bei Vorzeigung dieses Inserats bei Einkäufen von einer Mark aufwärts ein Geschenk!